

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 129. Ratssitzung vom 20. Januar 2021

3486. 2021/12

Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) vom 09.12.2020 betreffend Vorkommnisse rund um die Dienstabteilung Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ)

Anträge der PUK ERZ

1. Der Schlussbericht der PUK ERZ vom 9. Dezember 2020 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat spätestens 2 Jahre nach Kenntnisnahme des Berichts der PUK ERZ über die Umsetzung der Empfehlungen Bericht zu erstatten.
3. Das Büro wird beauftragt, spätestens 2 Jahre nach Kenntnisnahme des Berichts der PUK ERZ die Umsetzung der an den Gemeinderat gerichteten Empfehlungen zu analysieren und den Gemeinderat darüber zu informieren.
4. Die Untersuchung wird für beendet erklärt, die Untersuchungskommission aufgelöst und der Beschlussantrag GR Nr. 2017/286 vom 30. August 2017 als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung des Berichts / Kommissionsreferent:

Markus Merki (GLP): *Die heutige Ratsdebatte zum Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zu den Hintergründen und Verantwortlichkeiten der Vorfälle in der Dienstabteilung Entsorgung + Recycling der Stadt Zürich (ERZ) steht am Ende einer langen und intensiven Zeit. Allerdings soll die heutige Debatte auch einen Anfangspunkt markieren. Wir wollen und sollen aus den Verfehlungen lernen und damit beginnen, auf allen Ebenen Massnahmen zu diskutieren, die das Risiko zukünftiger Verfehlungen dieser Art minimieren. Am 4. Oktober 2017 stellte der Gemeinderat mit der Wahl der Mitglieder der PUK ERZ die Weichen, um die jahrelangen Verfehlungen in ERZ wie auch im Departement im Sinn der parlamentarischen Oberaufsicht zu durchleuchten und die Verantwortlichkeiten zu definieren. Ich muss anmerken, dass systembedingt in erster Linie immer die Exekutive Adressatin einer PUK ist. Deshalb fokussierte sich die PUK ERZ auch auf das Verhalten der Exekutive, also der obersten Führungsspitze des Departements und von ERZ. Im Gegensatz zu den 1990er-Jahren, in denen das Instrument einer PUK beinahe inflationär eingesetzt wurde, war im Jahr 2017 weder im Parlament noch in den Parlamentsdiensten die Erfahrung darüber vorhanden, was es bedeutet, eine PUK einzusetzen und was es dafür braucht. Am Anfang unserer Arbeit standen darum die internen Arbeitsabläufe und Arbeitsweisen im Fokus. Es mussten Räumlichkeiten organisiert und Personal rekrutiert werden. Wir auferlegten uns ein Verhaltensreglement. Um ein spezielles Beispiel zu nennen, das aufzeigt, wie die*

Arbeitsprozesse von unserem normalen Umgang im Gemeinderat abweichen: In den ganzen drei Jahren kommunizierten wir nie per E-Mail, wenn es um inhaltliche Details ging. Wir wählten eine hochsichere Cloud-Lösung, die von Organisation und Informatik der Stadt Zürich (OIZ) und den Parlamentsdiensten abgekoppelt ist, um die höchste Sicherheitsstufe gewähren zu können. Der interne Austausch via Cloud erschwerte die Arbeit manchmal. Zugleich sensibilisierte er die Mitglieder, unter welcher strikten Geheimhaltung wir die drei Jahre lang arbeiteten. Als Kommissionspräsident mache ich allen aktuellen und ausgeschiedenen Kommissionsmitgliedern ein grosses Kompliment: Während der gesamten Untersuchung drangen keine Interna hinaus. Die Kommissionsarbeit war über die Parteigrenzen hinweg von grossem Respekt geprägt. Das Ziel, das wir mit dem Beschlussantrag erhielten, war unser gemeinsamer Kompass während der gesamten Arbeit und während den Beratungen. Die vertrauensvolle Stimmung in der PUK wurde massgeblich durch die qualitativ hochstehende Arbeit geprägt und unterstützt, die unser Sekretariat während der gesamten Zeit leistete. Die PUK nutzte die Möglichkeit der Geschäftsordnung und gliederte das Verfahren in zwei Teile. Innerhalb von rund sechs Monaten führten wir ein Vorverfahren durch. Während dieser Zeit wurden die Vorkommnisse eruiert und Personen definiert, gegen die sich die Untersuchung richtet. Beim Abschluss brachten wir die 22 Vorkommnisse und elf Personen dem Stadtrat zur Kenntnis. Ebenfalls wurden die elf betroffenen Personen darüber in Kenntnis gesetzt, dass sie im Fokus der PUK ERZ stehen und welche Rechte sie in diesem Verfahren haben. In Bezug auf die verfahrensrechtlichen Vorgaben im Allgemeinen wie auch im Speziellen auf die Mitwirkungsrechte der Parteien war die PUK ERZ äusserst bedacht, das Parteirecht hochzuhalten und die verfahrensrechtlichen Schritte hochkorrekt durchzuführen. Die vom Verfahren betroffenen Personen konnten beispielsweise zwei Mal zu unserem vorläufigen Bericht Stellung nehmen. Die Stellungnahmen wurden von der PUK geprüft und entsprechend aufgenommen. Das sieht man einerseits im Fliesstext und andererseits teilweise als Bemerkungen in den Fusszeilen. Ebenso tauschten wir uns hinsichtlich der Veröffentlichung des Berichts, der Berichterstattung und der Medienkonferenz mit dem Datenschutzbeauftragten aus, damit wir auch hier korrekt vorgehen und keinerlei Rechte verletzen. Die rechtlichen Aspekte, die die PUK beschäftigten, bedeuteten einen sehr grossen Aufwand für das Sekretariat und waren mit sehr vielen Ressourcen verbunden. Nicht zuletzt zeigte das Verfahren, dass bei der Verwaltung, in der Aufsicht und in der Oberaufsicht kein Weg am Recht vorbeiführt und dass für die Abklärung und Einhaltung von rechtlichen Vorgaben auch die entsprechenden Ressourcen gesprochen werden. Im gesamten Verfahrenszeitraum hielten wir 152 Sitzungen ab; aufgeteilt auf Plenumssitzungen, Subkommissionssitzungen und Sitzungen des geschäftsleitenden Ausschusses. Insgesamt stützt sich der Bericht auf 16 Gigabyte Daten ab. Das mag als wenig erscheinen, wenn man an den Speicherplatz von Filmen und Fotos denkt. Bei uns entsprechen die Daten jedoch etwa 350 Bundesordnern mit Textdokumenten. Es würde zu weit gehen, wenn ich über jegliche inhaltliche Details berichten würde. Ich will mich auf zwei, drei Beispiele konzentrieren, die exemplarisch aufzeigen, wie sich ERZ über die Jahre hinweg nach und nach von der städtischen Verwaltungsstruktur lösen konnte und warum die PUK ERZ die Hauptverantwortung für diese äusserst problematische Entwicklung beim Stadtrat und bei der Führungsspitze des Departements und bei ERZ verortet. Beispielfhaft zeigt sich dieser Vorgang bei der Delegation

von Finanzkompetenzen. Es geht um den Umgang mit den Empfehlungen der Finanzkontrolle der Stadt Zürich (ZFK). Im Jahr 2008 bemängelte die ZFK das Fehlen einer formellen Delegation der Finanzkompetenzen. Sie empfahl dem Stadtrat und dem Departement, die formelle Delegation gemäss Art. 46 der Geschäftsordnung des Stadtrats (GeschO STR) vorzunehmen. Acht Jahre lang geschah nichts. Im Jahr 2016 sprach die ZFK die gleiche Rüge aus, worauf der damalige Vorsteher reagierte. Im Jahr 2017 wurde dem Departementsvorsteher die entsprechende Verfügung vorgelegt. Das kann als Beispiel einer positiven Entwicklung gewertet werden. Die PUK ERZ ist dabei jedoch irritiert, dass der Stadtrat in seiner Stellungnahme zum vorläufigen Schlussbericht im Herbst 2020 immer noch die Position einnimmt, die Anweisung der ZFK als unverbindliche Empfehlung zu taxieren. Er verkennt dabei, dass die Delegation der Finanzkompetenz gesetzlich vorgeschrieben ist und nicht einem Goodwill unterliegt. Die fehlende kritische Auseinandersetzung der Departementsvorsteher mit der Dienstabteilung ERZ zeigt sich auch in anderen Untersuchungsthemen gleich oder ähnlich. So wird vonseiten des Stadtrats zurecht bemängelt, dass ERZ einen äusserst losen Umgang mit dem Submissionsrecht pflegte. Allerdings wurde auch hier in der Untersuchung klar, dass auch auf der Stufe der Departemente und Vorsteher der Paragraf 10 der Submissionsverordnung des Kantons Zürich (SubmV) sehr lose ausgelegt wurde. Wir führten einige Beispiele auf. Eines ist die Betriebsmedizin. Wir handelten ab, wie das auf der Stufe des Departements nicht korrekt vorgenommen wurde. Erst im Jahr 2020 fand eine rechtskonforme Vergabe betreffend Betriebsmedizin statt. Auch in Bezug auf die Gebühren verortet die PUK ERZ ein Mitverschulden des Stadtrats. Die PUK ERZ geht davon aus, dass über all die Jahre zu hohe Gebühren erhoben wurden und dass die nicht rechtskonforme Abschreibungspraxis zu einer Überfinanzierung von ERZ führte. ERZ nutzte die Überfinanzierung, um Projekte zu finanzieren, die weder mit dem gesetzlichen Auftrag zu vereinbaren waren noch jemals mit Gebühren finanziert werden dürfen. In diesem Punkt muss man allerdings auch das Parlament kritisieren. Die Überfinanzierung hätte auch dem Parlament auffallen und zu einer Intervention führen müssen. Ich will hier die Intervention des damaligen Preisüberwachers im Jahr 2006 ansprechen. Diese war damals ein Thema im Departement, im Gesamtstadtrat und auch in der Kommission. Darauf reagiert und auf die Kritik des Preisüberwachers eingegangen wurde jedoch nicht. Nebst den eigentlichen Vorkommnissen wurde die PUK ERZ beauftragt, auch die Aufarbeitung anzuschauen und zu untersuchen. Dabei kann festgestellt werden, dass der Stadtrat und auch der Gemeinderat nach Bekanntwerden der Vorkommnisse meistens adäquat und im Grossen und Ganzen korrekt handelten. Allerdings lässt sich auch in Bezug auf die Aufarbeitung mangelnde Selbstkritik des Stadtrats erkennen. Das manifestiert sich an den bisher getroffenen Massnahmen, die bis auf wenige Ausnahmen einzig und alleine auf ERZ zielen. Eine Hinterfragung der Prozesse und der Anlagen im Departement und im Stadtrat lässt sich nicht erkennen. Die von der PUK ERZ erarbeiteten Empfehlungen fordern vier Handlungsfelder: eine Aufsichtsfunktion, eine Führungstätigkeit, eine Zusammenarbeit und eine Kontrolltätigkeit. Die vier Handlungsfelder richten sich in unterschiedlichen Ausprägungen an den Stadtrat, den Gemeinderat, aber auch an die ZFK. Die PUK ERZ empfiehlt dem Stadtrat, die Aufsicht und Kontrolle über die Dienstabteilung und über die Stadtverwaltung künftig ausreichend, effektiv und effizient wahrzunehmen. Dazu fordern wir insbesondere dazu auf, dass das Be-

wusstsein der Bindung der Verwaltung ans Recht gestärkt wird. Es braucht das Bewusstsein, dass jegliches Verwaltungsverhalten in einen rechtlichen Rahmen eingebunden ist. Ebenso verlangen wir eine ausreichende und korrekte Aktenführung. Wir verlangen vom Stadtrat, dass das nicht nur der Verwaltung auferlegt wird, sondern dass er selbst diesen Grundsätzen folgt und sie vorlebt. Im Weiteren fordert die PUK den Stadtrat auf, sich bezüglich jeder neu geplanten Aufgabe kritisch zu hinterfragen, ob diese effektiv vom öffentlichen Aufgabenkatalog erfasst ist. Als letzten Punkt, den wir zuhänden des Stadtrats empfehlen, will ich die Führung erwähnen. Alle Stadträtinnen und Stadträte müssen sich bewusst sein, dass sie nicht nur in dieses Amt gewählte politische Personen sind. Ihnen obliegt auch die Personalführung. Man ist eine Führungsperson für direkt Untergeordnete und diese Führung muss gemäss dem städtischen Personalrecht wahrgenommen und adäquat dokumentiert werden. Im Bericht ist dargelegt, dass das leider nicht immer so gehandhabt wurde. Der ZFK empfiehlt die PUK, genauer und besser darauf zu schauen, wenn es zu wiederholten Rügen in der gleichen Dienstabteilung kommt. Es soll schneller eingegriffen und aktiv auf die ständigen Kommissionen zugegangen werden, damit sie entsprechende Massnahmen ergreifen können. Wir untersuchten auch die Arbeitsweise und die Aufsichtstätigkeit des Gemeinderats. Wir stellten fest, dass auch der Gemeinderat seine Aufsichtspflicht nicht immer ausreichend wahrnahm. Darum formulierten wir auch dort gezielte Empfehlungen. Wir sehen eine Stärkung der Befähigung von einzelnen Mitgliedern im Vordergrund, damit wir alle wissen, wohin wir schauen müssen, wohin wir kritisch schauen müssen, was unsere Aufgabe ist und wie unsere Aufgabe mit bestem Wissen und Gewissen erfüllt werden kann. Ebenso sieht die PUK die Möglichkeit, dass wird die Parlamentsdienste stärken. Dies im Hinblick auf einen materiellen Support, den wir situativ abrufen können, damit wir unsere Kommissionsarbeit besser leisten können. Betreffend der Kommission formulierten wir ebenfalls Empfehlungen. Die PUK sieht Verbesserungspotential, wenn aktiver zusammengearbeitet wird; sei es zwischen den Spezialkommissionen untereinander oder zwischen den ständigen Kommissionen und den Spezialkommissionen. Die Zusammenarbeit soll aktiv gesucht und gelebt werden, damit der Knowhow-Transfer gelingt. Die Berichterstattung will ich mit positiven Worten abschliessen. Die PUK ERZ spricht dem Sekretariat einen grossen Dank aus, das uns über die Zeit begleitete, massgeblich bestehend aus der Rechtsanwältin Alexandra Boller und dem Rechtsanwalt Felix Schöpfer. Ebenfalls danken wir der Parlamentsdienstmitarbeiterin Claudia Schneider und der Rechtsanwältin Simone Humbel. Auch sie leisteten uns während etwa zwölf Monaten wertvolle Unterstützung. Ein weiter Dank geht an alle Parlamentsdienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, die die PUK ERZ punktuell in inhaltlichen oder administrativen Belangen unterstützen. Ebenfalls dankt die PUK ERZ allen einvernommenen Personen. Sie halfen mit, die Vorfälle zu klären und Transparenz zu schaffen, was schliesslich in einer Verbesserung enden soll. Die PUK ERZ dankt dem Stadtrat für die Mitwirkung und der Verwaltung für das Bereitstellen der unzähligen Akten, die wir während den letzten zweieinhalb Jahren beizogen. An diesem Punkt schauen wir in die Zukunft und darum beantragt Ihnen die PUK ERZ einstimmig vier Anträge. Wir beantragen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Zweitens beantragen wir, den Stadtrat zu beauftragen, uns bis spätestens in zwei Jahren über die Umsetzung der Empfehlungen Bericht zu erstatten. Mit dem dritten Antrag soll das Büro beauftragt werden, ebenfalls innerhalb der nächsten zwei Jahre über die Umsetzung der Empfehlungen zuhänden des Gemeinderats zu informieren.

Viertens beauftragen wir, die Untersuchung per heute, den 20. Januar 2020, für beendet zu erklären, aufzulösen und den Beschlussantrag GR Nr. 2017/286 vom 30. August 2017 als erledigt abzuschreiben. Somit bin ich am Ende der Berichterstattung in der Funktion als PUK-Präsident. Ich will die Gelegenheit nutzen, als ordentliches Gemeinderatsmitglied noch ein paar Worte zu sagen. Leider muss festgestellt werden, dass der Stadtrat und die Stadtpräsidentin auf die ersten Reaktionen nach der Veröffentlichung des Berichts und der Pressekonferenz vom letzten Donnerstag weiterhin negieren, dass einzelne Stadtratsmitglieder und der Gesamtstadtrat in der Vergangenheit eine Mitschuld an den Verfehlungen bei ERZ tragen. Der PUK-Bericht ist nicht eine «Reader's Digest»-Ausgabe mit fiktivem Inhalt und leichter Unterhaltung. Die Feststellungen basieren auf städtischen Akten und auf Einvernahmen, bei denen notabene die Vertretung des Stadtrats jeweils anwesend war. Wie man dann die Fakten weiterhin negieren kann und sich auf den Standpunkt stellt, dass man im Departement und im Gesamtstadtrat arglistig hintergangen wurde und dass an und für sich alles in Ordnung ist, ist für mich schleierhaft und zeugt nicht von einem grossen Weitblick und von Führungsqualität. Ich fordere den Stadtrat auf, die Gelegenheit zu nutzen, die Stadtratsblase zu verlassen und entsprechend hinzustehen und zu sagen, dass die Fakten klar sind und eine Mitschuld an den Verfehlungen getragen wird. Ich fordere das nicht für mich, die PUK oder den Gemeinderat. Ich fordere das für die Stadtzürcher Bevölkerung. Sie hat es verdient, eine ehrliche, selbstkritische und lernfähige Stadtregierung zu haben, die Fehler akzeptieren und aus Fehlern lernen kann. Nur so können wir besser in die Zukunft gehen und nur so macht die ganze Aufarbeitung Sinn.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STR Corine Mauch: *Ich bedanke mich beim Präsidenten der PUK für seine Ausführungen zur grossen Arbeit, die in der PUK geleistet wurde. Die Regelverstösse bei ERZ sind gravierend und fanden über einen langen Zeitraum systematisch statt. Sie blieben lange im Verborgenen. Die Kontrolle griff auf verschiedenen Ebenen unseres Gemeinwesens nicht. Sie griff beim Stadtrat und den Departementsvorstehenden nicht, und sie griff auch nicht, weil eine Vielzahl der identifizierten Regelverstösse nicht erkannt werden konnte, da es die ERZ-Leitung bewusst darauf anlegte. Dies geschah mit Vorsatz und grossem Energieaufwand. Aus Sicht des Stadtrats ist es richtig und wichtig, die Ereignisse gründlich aufzuarbeiten. Der Stadtrat begrüsst den Bericht der PUK ERZ und dankt der Kommission für ihre wertvolle und enorm aufwendige Arbeit. Der Stadtrat ist erleichtert, dass der PUK-Bericht keine grundlegend neuen Erkenntnisse zum Vorschein brachte. Die Administrativuntersuchung, die der Stadtrat von sich aus bei Prof. Dr. Tomas Poledna in Auftrag gab, arbeitete die wesentlichen Aspekte bereits auf. Die Erkenntnisse im neuen Bericht der PUK sind jedoch ausserordentlich umfangreich recherchiert und sehr detailreich dargestellt. Das ist von grossem Interesse. Die Ergebnisse, die im Wesentlichen analog sind, bestätigen das Ausmass der Verfehlungen. Der PUK-Bericht zeigt notwendige Massnahmen auf, mit denen eine Wiederholung von Macheschaften, wie sie bei ERZ über Jahre stattfanden, verhindert werden können. Ich bedanke mich im Namen des Stadtrats bei der PUK ERZ für die gute und konstruktive Zusammenarbeit bei der Aufarbeitung der Vorkommnisse. Dass im Einzelfall die Perspektive der verschiedenen Akteure nicht immer genau dieselbe ist, wird aus unserer Sicht*

im PUK-Bericht fair dargestellt. Der Stadtrat nimmt die Erkenntnisse von beiden Untersuchungen sehr ernst; er nimmt den PUK-Bericht sehr ernst. Die Untersuchungen haben unseren Blick geschärft. Der Stadtrat prüft sorgfältig, welche zusätzlichen Massnahmen umgesetzt werden müssen, die über jene hinausgehen, die aufgrund der Empfehlungen des Berichts zur Administrativuntersuchung von Prof. Dr. Tomas Poledna bereits umgesetzt wurden. Bezüglich der Punkte, auf die sich die PUK fokussiert – das Beteiligungsmanagement und die Gebührenaussgestaltung – sind die Arbeiten weit fortgeschritten. Sie werden heute Abend sogar bereits eine dieser Weisungen behandeln. Es ist wichtig, dass jedes verantwortliche Organ – auch der Stadtrat und die Departementsvorstehenden – in seinem Wirkungskreis Vorkehrungen trifft, um eine Wiederholung solcher Vorkommnisse zu verhindern oder zumindest zu erschweren. Für den Stadtrat ist klar und selbstverständlich, dass er bei der Aufsicht über die Dienstabteilungen in einer ganz besonderen Verantwortung steht. Die Departementsvorstehenden hätten die Verstösse erkennen müssen. In diesem Sinn sehen der Stadtrat und die Departementsvorstehenden bei sich durchaus eine Mitschuld am Aufgedeckten. Die Regelverstösse bei ERZ waren aber bewusst so angelegt, dass sie über lange Zeit weder vom Stadtrat noch vom Gemeinderat noch von der ZFK erkannt werden konnten. Der Stadtrat konnte die allermeisten davon erst erkennen, als er von Insidern, von Whistleblowern, darauf hingewiesen wurde. Der Stadtrat wie auch der Gemeinderat und die ZFK wurden bewusst getäuscht. Aber wir liessen uns alle ein Stück weit einlullen – von den guten Zahlen von ERZ und von der Selbstdarstellung als erfolgreiches Unternehmen, die von ERZ intensiv gepflegt wurde. Das muss uns eine Lehre sein, und es ist uns eine Lehre. Gerade während einer der grössten Krisen in der Geschichte unserer Stadt und angesichts einer der grössten Herausforderungen seit dem Zweiten Weltkrieg sind wir erleichtert, wenn unsere Stadt und unser Staat auf diese Herausforderungen reagieren kann, handlungsfähig ist und auch die nötigen Ressourcen dazu hat. Es ist klar erkennbar, dass unser Gemeinwesen Verfehlungen gründlich aufarbeitet und die nötigen Massnahmen trifft. Ich danke nicht nur allen, die an diesem Aufarbeitungsprozess beteiligt waren, sondern auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von ERZ, die ihre Arbeit gut machten und machen. ERZ ist heute gut aufgestellt. Als verantwortliche Exekutive werden wir die nötigen zusätzlichen Massnahmen ergreifen. Der PUK-Bericht ist für uns dabei eine wertvolle Basis. Wir werden Ihnen wie gefordert Bericht dazu erstatten.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Florian Blättler (SP): *Es ist nicht alltäglich, dass der Gemeinderat der Stadt Zürich eine PUK einsetzen muss. Dafür sollten wir dankbar sein. Nicht, weil eine PUK viel Arbeit bedeutet, sondern weil das bedeutet, dass die meisten Probleme in der Stadt ohne PUK transparent gemacht und gelöst werden können. Mit dem PUK-Bericht in den Händen interessiert es mich persönlich wenig, wer was tat und wer schuld daran war. Mich interessiert, welche Handlungen inwiefern regel- und gesetzwidrig erfolgten und wie wir die Wahrscheinlichkeit einer Wiederholung zumindest für die nächsten paar Jahre verkleinern können. Ich mache mir keine Illusionen darüber, dass wir solche Vorfälle vollständig verhindern können oder dass der Bericht einen langfristigen Einfluss hat. Wenn wir die nächsten zwanzig Jahre jedoch ohne ähnliche Vorkommnisse hinter uns bringen,*

haben wir in meinen Augen bereits sehr viel erreicht. Ich will an dieser Stelle auf ein Kapitel im Bericht genauer eingehen: das Finanzrecht. Es ist einer der zentralen Pfeiler jedes Gemeinwesens. Dementsprechend sollen wir ihm genügend Aufmerksamkeit widmen. Wir als Gemeinderat sind zuständig für die Abnahme des Budgets und der Rechnung. Damit endet unser Flirt mit dem Finanzrecht jedoch nicht. Bis auf wenige Ausnahmen müssen Weisungen auch finanzrechtlichen Aspekten genügen. Die Oberaufsicht, die der Gemeinderat innehat, beinhaltet genau auch diese Komponente. Bei einem Budget von 9 Milliarden Franken pro Jahr ist das bei weitem keine Aufgabe, die wir in diesem Raum auf die leichte Schulter nehmen können. Im Bericht werden zahlreiche Verstösse gegen das Finanzrecht aufgezeigt. Ein Teil davon betrifft die Überschreitungen der Finanzkompetenzen durch verschiedene Organe der Stadt. Ein zentrales Thema ist das Zerstückelungsverbot: Zusammengehörendes darf nicht auf mehrere Aufgabenbeschlüsse aufgeteilt werden. Es geht aber auch darum, dass Ausgaben grundsätzlich einen Ausgabenbeschluss der entsprechenden Stufe voraussetzen. Eine Einstellung im Budget alleine reicht nicht. Angesprochen sind hier vor allem Rückstellungen und Vorfinanzierungen. Es kam aber auch zu Vorfällen, in denen mit einer ausserordentlich kriminellen Energie vorgegangen wurde. Beispiele sind die «schwarzen Kassen» und die komplette Verschleierung der Ausgaben für Oldtimer. Wichtiger in meinen Augen ist aber das Thema der Gebühren. Jährlich betragen die Einnahmen aus Entgelten rund drei Milliarden Franken – das entspricht in etwa den Steuererträgen. Auch wenn nicht alle Menschen in dieser Stadt gleich davon betroffen sind, so gibt es viele, die mehr für Gebühren ausgeben als für Steuern. Nicht alle realisieren das, weil Gebühren teilweise gut versteckt sind. Wir müssen uns jedoch klar sein, dass für Gebühren andere Regeln gelten als für Steuern. Gebühren sind Kausalabgaben und bedürfen einer Gegenleistung. Die Gegenleistungen müssen in einem Gesetz oder in einer Verordnung geregelt werden. Für Abfall- und Abwassergebühren schreibt das Gewässerschutzgesetz vor, wofür die Gebühren erhoben werden. Leider mussten wir feststellen, dass die Gebühren für eine Reihe von Projekten genutzt wurden, die nicht durch das Gesetz gedeckt werden. Ein Beispiel ist das Weiterbildungszentrum «ara glatt». Auch wenn man das Projekt grundsätzlich gut finden darf, hätte es nie über Abwassergebühren finanziert werden dürfen. Aber nicht nur bei der Verwendung der Gebührengelder ist man eingeschränkt, auch bei der Erhebung, denn es gilt das Kostendeckungsprinzip. Es besagt unter anderem, dass die Gebühren die Kosten, abgesehen von der Reservenbildung, nicht überschreiten dürfen. Das korrekte Schätzen der Gebührenerhebung verlangt, dass die Kosten transparent und periodengerecht ausgewiesen werden. Beides war im Fall ERZ nicht gegeben. So wurden beispielsweise beim Abwasser über Jahre hinweg widerrechtlich alle Investitionen sofort abgeschrieben und Kanalsanierungen nie aktiviert. Das gesamte Kanalsystem der Stadt hatte gerundet einen Buchwert von null Franken – das bei Anschaffungskosten von rund einer Milliarde Franken. Das heisst, dass die Gebührenzahler von gestern durch überhöhte Gebühren das Kanalsystem für die Nutzer von morgen finanzierten. Wo müssen wir jedoch bei uns selbst ansetzen? Ein erster Punkt ist, dass wir Weisungen auch auf ihre finanzrechtliche Korrektheit prüfen müssen. Das ist insbesondere in Spezialkommissionen der Fall. Es sind einfache Fragen, beispielsweise von welchem Konto das Geld kommt. Wenn es von einem Gebührenkonto kommt, stellt sich die Frage, ob der Zweck der Weisung dem gesetzlichen Auftrag entspricht, an den die Gebühr gekoppelt ist. Dann müssen wir uns auch fragen, aus

welchem Grund wir die Höhe der Gebühren über die Jahre hinweg nie prüften. Wir müssen uns an der eigenen Nase nehmen: Auf der einen Seite ist es ein grosser Aufwand, die Gebühren sorgfältig zu prüfen. Es ist also eine reine Bequemlichkeit, dass wir das nicht machten. Auf der anderen Seite war es für einige sicher auch ein moralisches Gebot: Abfall und Wasser sollen grundsätzlich minimiert und der böse Verursacher in der Stadt muss zur Kasse gebeten werden. Dass die Höhe der Gebühren nur eine Nebenrolle in der Vermeidung von Abfall spielt und vor allem, dass es ungesetzlich war, wurde geflissentlich übersehen. Wir können und werden heute Abend vor allem dem Stadtrat auf die Finger klopfen und ihm Empfehlungen abgeben. Aber wir sollten uns dabei immer unserer eigenen Verantwortung bewusst sein.

Renate Fischer (SP): Jetzt ist der PUK-Bericht da. Er wurde am 30. August 2017 in Auftrag gegeben und in vielen Halbtagesitzungen erarbeitet. Vieles war bereits bekannt und viele stellen die Frage, was wir aus diesem Bericht mitnehmen können, das von den anderen Untersuchungen noch nicht aufgedeckt wurde. Zum einen erhielt die PUK ausdrücklich den Auftrag zu prüfen, wie die Führungs- und Kontrolltätigkeit auf allen Stufen, inklusive Stadt- und Gemeinderat, wahrgenommen wurde. Nach den Erkenntnissen aus der ersten Untersuchung stellte sich die Frage, wie es dazu kommen konnte, dass solch gravierende Vorkommnisse so lange unentdeckt blieben. Schliesslich hat die städtische Verwaltung klare Vorgaben dazu, wie Projekte aufgegleist und abgerechnet werden. Es gibt ein Controlling; es werden Führungsinformationen zur Verfügung gestellt, damit Entscheidungsträger immer rechtzeitig über den Projektverlauf informiert sind; es gibt Rechtsabteilungen auf Dienstabteilungs- und Departementsstufe, wo die Rechtmässigkeit der Verwaltung geklärt werden kann; und es gibt eine Finanzkontrolle, die regelmässig Kreditabrechnungen und Jahresrechnungen revidiert und damit die finanztechnischen Aspekte überprüft. Nicht zuletzt gibt es auf der Stufe Gemeinderat die Geschäftsprüfungskommission (GPK) und die Rechnungsprüfungskommission (RPK), die den Geschäftsbericht, das Budget und die Rechnung prüfen, sowie die Spezialkommissionen, die sich mit den Objektkrediten beschäftigen. Trotzdem hat im vorliegenden Fall erst ein anonymes E-Mail den Stein zum Rollen gebracht. Urs Helfenstein (SP) wird in seinem Votum auf die Rolle des Stadtrats eingehen. Ich werde den Fokus auf die Rolle des Gemeinderats legen. Was können wir als Gemeinderat in Zukunft besser machen? Wir sind ein Milizparlament. Jede und jeder von uns bringt unterschiedlichste Erfahrungen mit und es gibt die unterschiedlichsten Rollenverständnisse. Es gibt die ausgesprochenen Quartiervertretungen, andere stecken ihr Herzblut in die Veloförderung und in erneuerbare Energien, während sich Dritte für den Erhalt von Parklätzen und die Privilegien des motorisierten Individualverkehrs einsetzen. Das alles ist gut und recht und eine Vielfalt der Perspektiven im Parlament ist ausdrücklich zu begrüssen. Aber neben all den Anliegen, die wir vertreten, haben wir alle auch eine Aufsichtsfunktion. Dass die RPK und die GPK eine Aufsichtsfunktion wahrnehmen, wissen die meisten. Aber auch Spezialkommissionen haben eine Aufsichtsfunktion, indem sie Weisungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf Rechtmässigkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit prüfen. Die Diskussionen, wie wir die Aufsichtsfunktionen besser wahrnehmen können, wurden bereits angestossen. Dabei geht es darum, wie Gemeinderätinnen und Gemeinderäte besser auf ihre Arbeit vorbereitet werden können oder um eine bessere Systematisierung der Aufsicht in der GPK und der RPK. Ebenfalls zu prüfen ist, in welchen Umfang die

Parlamentsdienste gestärkt werden können; dass Kommissionen dort beispielsweise auch Aufträge für Abklärungen oder für Recherchen vergeben können, falls das nötig sein sollte. Die Vorstellungen darüber, was nötig ist, gehen jedoch teilweise noch weit auseinander. Auch hier soll der zusätzliche Aufwand in Relation zum gewonnenen Ertrag stehen. Stichworte sind auch hier Zweckmässigkeit und Wirksamkeit. Die Erkenntnisse der Untersuchungen zeigen bereits Wirkung. In meiner neunjährigen Tätigkeit in der GPK und mittlerweile in der RPK durfte ich beobachten, dass der Blick der Aufsicht durch die Untersuchungen selbst wie auch durch deren Ergebnisse geschärft wurde. Ich gebe mich ebenfalls nicht der Illusion hin, dass wir Missstände in der Verwaltung in Zukunft zu hundert Prozent verhindern können. Aber wir können versuchen, dass das durch die abgeschlossenen Untersuchungen gewonnene Wissen in die Arbeit des Gemeinderats einfließt und dass Massnahmen ergriffen werden, damit das Wissen trotz den vielen personellen Wechsels im Rat nicht umgehend wieder verloren geht. Die PUK sprach diesbezüglich auch gegenüber dem Gemeinderat und dessen Kommissionen Handlungsempfehlungen aus. In zwei Jahren wird das Büro den Gemeinderat über das Resultat informieren. Ich freue mich auf die konstruktive Zusammenarbeit mit Ihnen allen, um die Aufsicht durch das Parlament zu stärken.

Andreas Egli (FDP): Ich kann mich den vorangehenden Voten, inklusive dem Votum der Stadtpräsidentin, für einmal durchaus anschliessen; vielleicht mit der kleinen Einschränkung, dass ich nicht glaube, dass es keine weiteren PUK mehr geben wird, weil in der Stadt alles perfekt läuft. Wir wissen, wie gross der tatsächliche Aufwand ist. Die Neue Zürcher Zeitung schrieb, dass eine PUK das massivste Geschütz ist, das dem Gemeinderat zur Verfügung steht und hinterfragte dann, was das Ergebnis ist. Man muss sich erinnern und wissen: Als die PUK ERZ im Herbst 2017 eingesetzt wurde, wollte die allseits bekannte damalige Gemeinderätin Jacqueline Badran (SP) den damaligen ERZ-Direktor Urs Pauli quasi zum Mitarbeiter des Jahres küren, während umgekehrt der damalige Gemeinderat Kyriakos Papageorgiou (SP) meinte, ERZ sei so korrupt wie Griechenland. Wir wissen heute, dass sich sowohl Jacqueline Badran (SP) als auch Kyriakos Papageorgiou (SP) irren. Ich Nachgang zur Klärschlammaffäre machte die damalige Stadträtin Kathrin Martelli im Jahr 1996 Gottfried Neuhold als Sanierer zum ERZ-Direktor. Ihr Nachfolger als Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements (TED), Martin Waser, arbeitete allerdings bald lieber mit Neuholds Stellvertreter und Macher Urs Pauli zusammen. Mit ihm spielte er spätestens ab dem Jahr 2005 den grossen Unternehmer. Dann ernannte er ihn kurz vor dem Wechsel ins Sozialdepartement zum CEO von ERZ. Wasers Nachfolgerin Ruth Genner, die aus dem Nationalrat in den Stadtrat wechselte, konnte in der Folge dem ERZ-Direktor, der mit allen Verwaltungstricks gewaschen war, nichts entgegensetzen. Urs Pauli installierte zwischenzeitlich eine formell grösstenteils willfährige Geschäftsleitung um sich, mit der er die Freude am Pseudo-Unternehmertum teilte und die sich an den von Urs Pauli gewährten «Goodies» erfreute. Das waren Geschäftsfahrzeuge und üppige Spesen. Finanziert wurde das Ganze durch deutliche Gebührenerhöhungen. ERZ immunisierte sich mittels grüner Projekte und insgesamt guter Finanzen gegen Kritik. Administrative Kontrollen durch die nach unserem Dafürhalten damals überforderte Stadträtin blieben gänzlich aus. Für Ruth Genner war alleine entscheidend, dass ihre politischen Ziele im Wirken Niederschlag finden. Gleichzeitig kümmerte sich eine Mehrheit im Gemeinderat und in der

Kommission primär um ökologische Anliegen im Mikromanagementbereich und weniger um betriebswirtschaftliche oder aufsichtsrechtliche Aspekte. Kritische Fragen wurden von der Verwaltung verwedelt und für die Rats- und Kommissionsmehrheit heiligte ohnehin der jeweils gute Zweck die Mittel. Mit anderen Worten: Die Politik steht in der betriebswirtschaftlichen Verantwortung gegenüber der Bevölkerung. Erst unter STR Filippo Leutenegger wagte im Jahr 2015 ein Whistleblower, mittels anonymem E-Mail auf Missstände bei ERZ aufmerksam zu machen. Die vom Stadtrat eingeleiteten Massnahmen sowie die jetzt abgeschlossene PUK brachten eine Vielzahl von Missständen hervor, die zum Teil behoben wurden. Während die stadträtliche Administrativuntersuchung durch Prof. Dr. Tomas Poledna den Stadtrat gänzlich aus der Verantwortung nahm, drückte sich die PUK ERZ in meinen Augen ein wenig um die Beantwortung der Frage, ob die Industriebetriebe von ERZ, aber auch beispielsweise die Spitäler wirtschaftlich nachhaltig und administrativ adäquat als städtische Dienstabteilungen geführt werden können. Die Erfahrungen lehren uns eigentlich: Nein. Das funktioniert auf Dauer schlichtweg nicht. Industriebetriebe und wirtschaftliche Organisationen benötigen eine grössere Flexibilität als eine städtische Kernverwaltung. Sie sind nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen und von sachkompetenten, in unmittelbarer Verantwortung stehenden Personen und nicht von Politikern zu führen. Sie müssen innovativ sein und rasch auf Marktveränderungen reagieren können. Städtische Dienstabteilungen erfüllen all diese Anforderungen nicht. Insgesamt jedoch muss ich sagen, dass die FDP-Fraktion die Arbeit der PUK ERZ würdigt und anerkennt. Die Untersuchung erfüllt auch hohe rechtstaatliche und prozedurale Ansprüche. Sie verlief für die betroffenen Personen fair und unvoreingenommen; das war auch mein persönlicher Eindruck. Missstände unterschiedlicher Schwere wurden benannt und angeprangert. Städtische Mitarbeitende mussten vor der PUK erscheinen, Rede und Antwort stehen und sich ihrer Verantwortung bewusst werden. Das fand seinen Niederschlag in Gesprächen und Diskussionen innerhalb der städtischen und auch der kantonalen Verwaltung. An einem Gerichtstag in einer frühen Phase der PUK wurde ich vom Richter mit den Worten verabschiedet: «Tragen Sie Herrn Pauli Sorge.» Das zeigt, dass man sich bewusst war, was die PUK bedeutet. Unmittelbar dürfte die Einsetzung der PUK zur Stärkung des Verantwortungsbewusstseins unserer Verwaltungsmitarbeiter geführt haben. Die strukturellen Probleme der unpassenden Verwaltungsorganisation einer Dienstabteilung wie ERZ sind damit aber nicht gelöst und die heutige Ratsmehrheit denkt unter dem Stichwort Rekommunalisierung immer noch mehr an die Verstaatlichung als an die Privatisierung. Das sind keine optimalen Vorzeichen für eine PUK-freie Zukunft.

Marcel Bührig (Grüne): *Nach drei Jahren Arbeit möchte ich mich bei meinen Kollegen in der PUK bedanken. Alle, die in den drei Jahren dabei waren, wissen, was von jedem einzelnen Mitglied für eine unglaubliche Arbeit geleistet wurde. Wir haben über die Weihnachtsferien hunderte Dokumente gelesen oder stundenlang um einzelne Satzformulierungen gekämpft. Das zeigt, dass eine PUK durchaus den Sinn hat, dass man zusammen und nicht als einzelne Partei oder Fraktion über die Missstände spricht. Es konnte ein gemeinsames Verständnis darüber erarbeitet werden, was falsch lief und was besser laufen muss. Das ist ein grosser Verdienst dieser PUK und zeigt, dass parteiübergreifende Arbeit auch im 21. Jahrhundert noch sehr gut funktionieren kann. Nach dem Bericht kann etwas gesagt werden: Grösstenteils läuft die Stadtverwaltung gut.*

Auch ERZ funktionierte immer gut: Der Müll wurde abgeholt, das Hagenholz lieferte Fernwärme; man kann nicht von italienischen Zuständen mit herumliegendem Müll sprechen. Es geht darum, dass einzelne Verwaltungsmitarbeitende in der obersten Führungsetage von ERZ erreichen konnten, dass alle Kontrollinstanzen – der Gemeinderat, der Stadtrat, die ZFK – vorgeführt wurden. Der gesamte Bericht zeigt eigentlich auf, dass mit genügend Geschick, intelligentem Vorgehen und genügend Energie jegliche Kontrollinstanzen umgangen, übergangen und in der Öffentlichkeit blossgestellt werden können. Der Bericht und die Verfehlungen bei ERZ in den letzten Jahren zeigen auf, dass wir als Gemeinderat unsere Kontrollaufsicht stärker wahrnehmen müssen und dass der Stadtrat gefordert ist, seine Kontroll- und Führungsfunktion stärker wahrzunehmen. Natürlich kann gesagt werden, dass wir betrogen und belogen wurden. Das stimmt. Aber am Ende des Tages muss gesagt werden, dass man sich nicht damit herausreden kann, dass wir nichts wissen konnten. Wenn man die letzten 25 Jahre betrachtet, gab es immer wieder Warnzeichen und grosse Ausrufezeichen, bei denen der Stadtrat und der Gemeinderat eingreifen hätten müssen und handeln hätten können. Es gab offene Geheimnisse. Auch im Gemeinderat wusste man, dass nicht alles so läuft, wie es sollte. Es war bekannt, dass ERZ sich weniger als Dienstabteilung und mehr als privatrechtliches Unternehmen versteht. All dies hätte dazu führen müssen, dass man die Geschäfte aus dieser Dienstabteilung genauer anschaut und ihr mehr Aufmerksamkeit schenkt. Wir müssen auch unsere Aufsichtsfunktion wahrnehmen und sind nicht nur gewählte Politiker. Wir haben eine Kontrollfunktion, die wir der städtischen Bevölkerung und den städtischen Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahlern schuldig sind. Das Geld, das sie uns anvertrauen, soll erstens richtig verwendet und zweitens korrekt und transparent berechnet werden. Wir sollen schliesslich sagen können, dass wir ein grosses Vertrauen in unser städtisches Personal und in unsere Dienstabteilungen haben. Um ein Vertrauen herzustellen, braucht es ein gewisses Mass an Kontrolle. Man muss nicht alles restlos kontrollieren und jeden Spesenbeleg auf den Rappen genau nachrechnen. Aber wir sind es dem Gesetz und der Bevölkerung gegenüber schuldig, mit gutem Gewissen sagen zu können, dass es in der Stadt gut läuft. Dazu müssen der Stadtrat und der Gemeinderat in Zukunft verstärkt ihre Aufgaben und Kontrollfunktionen wahrnehmen. Auch Stadträte sind nicht nur gewählte Politikerinnen und Politiker; sie sind auch Führungspersonen im städtischen System. Ich habe die grosse Hoffnung, dass solche Verfehlungen zumindest in nächster Zukunft nicht wieder vorkommen werden. Da mein Abgang demnächst bevorsteht, werde ich dabei nicht mehr mithelfen können. Aber ich bitte Sie darum, auch als Gemeinderat die Kontrollfunktion verstärkt wahrzunehmen, genauer hinzuschauen und nicht nur die politischen Ziele umzusetzen, sondern auch dafür zu sorgen, dass alles rechtens vorgeht.

Mischa Schiwow (AL): *Als wir mit der Arbeit der PUK begannen, fokussierten wir uns stark darauf, neue Vorkommnisse ans Tageslicht zu bringen. Bei der Suche nach weiteren Skandalen und Skandälchen übersahen wir vermutlich eine Zeit lang, woraus der eigentliche Skandal bestand. Er ist in der Blindheit oder auch einer Akzeptanz und Beihilfe der vorgesetzten Stellen und Aufsichtsgremien zu orten; also insbesondere beim Stadtrat und auch – weil er als parlamentarische Oberaufsicht nicht genügend hinschaute – beim Gemeinderat. In den Reihen der PUK-Mitglieder gab es am Anfang Zweifel dar-*

über, ob das Mittel einer Untersuchungskommission angemessen sei, nachdem es bereits eine Sonderkommission zur Aufarbeitung der Vorkommnisse im Logistikzentrum Hagenholz und eine vom Stadtrat beauftragte Administrativuntersuchung gab. Aber das war, wie wir heute feststellen können, nur die Hälfte der Arbeit. Obwohl Prof. Dr. Tomas Poledna nicht beauftragt war, in seiner Administrativuntersuchung die Rolle seines Auftraggebers auszuleuchten, wies er in seinen Schlussbemerkungen darauf hin, dass die Letztverantwortlichkeit beim TED, oder genauer beim Stadtrat liegt und dieser auch über die Instrumente verfügen muss, um diese Aufgabe wahrnehmen zu können. Nicht zuletzt, um über die Fragen der Verantwortung Klarheit zu schaffen, war die PUK notwendig. Das soll an dieser Stelle nochmals mit Nachdruck gesagt werden. Die PUK brachte viele Erkenntnisse hervor, die weit über die auch jetzt in der Presse dargestellten Exzesse aus der Ära Pauli hinausgehen. Hiermit meine ich die Emus, den Fischteich und die Oldtimer, die zur Genüge ausgebreitet wurden und tatsächlich nur die Spitze des Eisbergs darstellen. Die PUK deckte Verfehlungen auf, die auf den ersten Blick weniger spektakulär erscheinen, die es aber in Bezug auf die Verletzung rechtsstaatlichen Handelns in einer Dienstabteilung wirklich in sich haben. So die wenig thematisierte Eröffnung eines Kontos durch Urs Pauli für die Abwicklung von IT-Ausgaben, die regelwidrige Vergabe von Werbeaufträgen an die Firma XY, um der Bevölkerung die flächendeckende Grünabfuhr schmackhaft zu machen oder die ZAV Recycling AG, wo man von einem ökologischen Mehrwert sprach, obwohl von Anfang an klar war, dass mit der fraglichen Schlacke nicht im Strassenbau gearbeitet werden kann. Vor allem arbeitete die PUK auf, was der eigentliche Gebührenskandal darstellt. Der Bericht beziffert die zwischen den Jahren 2005 und 2018 zu viel einkassierten Gebühren auf 1,2 Milliarden Franken. Wenn die Stadtpräsidentin wie am letzten Donnerstag, den 14. Januar 2020, in der «Schweiz aktuell»-Sendung behauptet, viele Missstände hätten bei ERZ nicht entdeckt werden können, weil die ERZ-Direktoren den Stadtrat belogen, sagt sie nur die halbe Wahrheit. Urs Pauli verstand es meisterhaft, seinen politischen Vorgesetzten nach dem Mund zu reden; ihnen vorzugaukeln, dass seine Unternehmensführung modern, effizient und erst noch sozial ist. Der ehemalige Stadtrat Martin Waser hob Urs Pauli ins Amt. Seine Nachfolgerin im TED, Ruth Genner, liess sich von Pauli permanent über den Tisch ziehen, indem er ihr einige ökologische Anliegen erfüllte. Weder Martin Waser noch Ruth Genner haben die Ausübung ihrer Aufsichtspflicht in Bezug auf ERZ wirklich ernst genommen und die angeblich hervorragenden Leistungen des Vorzeigebetriebs hinterfragt. Auch STR Filippo Leutenegger liess sich vom Pseudo-Manager Pauli so lange blenden, bis sich eine Überprüfung der Geschäftspraxis im Haus ERZ aufgrund erster Anzeichen – insbesondere in Form eines Whistleblower-E-Mails – nicht mehr aufschieben liess. Obwohl die Gebührenpolitik von ERZ auf Kosten der Bevölkerung von uns von der AL, aber auch vom damaligen Preisüberwacher Rudolf Strahm beanstandet wurde, schlug man diese Hinweise in den Wind. Der Stadtrat hatte es in der Hand, mit der Finanzverwaltung, dem Rechtskonsulenten, verschiedenen Instrumenten in den Bereichen Beschaffungswesen und HR-Management Missstände in der Verwaltung aufzudecken – gesetzt der Fall, dass man sich tatsächlich darum bemüht hätte. Wie konnten die total falschen Angaben in Vorlagen, die vor die Bevölkerung kamen, unentdeckt bleiben? Stichwort Metallrückgewinnung aus Kehrichtschlacke (Projekt MERKS), Stichwort Logistikzentrum Hagenholz (LGZ); wie auch Paulis Vetterliwirtschaft und sein Hang zu

üppigen Geschäftsessen und Geschenken auf Kosten der Stadt. Das wurde nicht vertuscht, sondern hier schlossen die in der Verantwortung stehenden Leute beide Augen und sie stellten keine Fragen. Das kann und muss als stillschweigendes Mitmachen gewertet werden. Wir als Gemeinderat müssen uns aufgrund des Berichts die Frage stellen, wie wir künftig unsere Aufgabe als Oberaufsicht über den Stadtrat und über die Verwaltung besser wahrnehmen können. Ist es ausreichend, bei Vorlagen wie denen von Urs Pauli ein paar nette Fragen zu stellen oder ein Begleitpostulat zur Hitzeminderung oder zur Erhaltung von Parkplätzen einzureichen? Nein, offensichtlich nicht. Die Prüfung der Geschäfte erfordert neben einem gewissen Sachwissen und einem Gespür für begrabene Hunde solide Kenntnisse der gesetzlichen Vorgaben, der finanziellen Befugnisse und der Abläufe in der Stadtverwaltung. Der vorliegende Bericht sollte von allen Mitgliedern des Gemeinderats in Sinne eines Schulungskurses gelesen werden. Die AL und ihre Vertreter in der Spezialkommission Tiefbau- und Entsorgungsdepartement, Departement der Industriellen Betriebe (SK TED/DIB) waren lange alleine mit ihrer kritischen Haltung gegenüber der Ausrichtung von ERZ. Wir wiesen wiederholt darauf hin, dass auf diese Art und Weise einer Ausgliederung Vorschub geleistet wird. Die AL setzt sich heute dafür ein, dass der Gemeinderat, seine Spezial- und Aufsichtskommissionen, in die Lage versetzt werden, Mängel in Weisungen und in der Organisation der Verwaltung aufzudecken. Die AL stimmt dem Bericht zu und dankt für die Arbeit der Kommission und des PUK-Sekretariats an diesem wichtigen Bericht.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Nach den vielen, sehr guten Referaten ist es jetzt schwierig, sich nicht zu wiederholen, darum versuche ich mich hindurch zu navigieren und einige Dinge anzuschauen, die noch nicht gesagt wurden. Zuerst möchte ich auf den bewundernswerten Einsatz der Kommission zurückkommen. Es verlangte sehr viele Opfer ab. Vor allem gilt die Bewunderung dem Präsidenten, der praktisch seit Herbst 2017 bis jetzt seinen gesamten Lebensinhalt darauf ausrichten musste, in den Müllhalden der Stadt zu wühlen. Aber die Arbeit der Kommission wäre nicht so einfach gewesen, wenn wir nicht vom Sekretariat unterstützt worden wären, in dem es glücklicherweise Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte gab. Es sind Claudia Schneider, Alexandra Boller und Felix Schöpfer, denen ein besonderer Dank gebührt, weil sie hinter den Kulissen arbeiteten. Es war auch interessant, die Pressekonferenz vom 14. Januar 2021 zu sehen. Alle politischen Fraktionen und parlamentarischen Gruppen waren vertreten. Das wurde bewusst so gehalten, um zu verdeutlichen, dass es sich um einen Bericht handelt, der parteiübergreifend, gemeinsam und im Konsens verabschiedet wurde. Die Vorbereitung auf die Pressekonferenz war für alle Teilnehmenden schwierig. Man musste sich darauf beinahe wie auf eine Prüfung an der Universität vorbereiten, denn es war nicht klar, welche Fragen kommen würden. Alle leisteten einen grossen Einsatz über die Weihnachtsferien. Man musste ausrechnen, welche Fragen kommen könnten. Ein Beispiel ist die Frage, warum im Bericht der Teil zu den «schwarzen Kassen» so knapp ausfällt. Er ist bewusst kurz gehalten, weil wir keine Doppelspurigkeiten fahren wollten. Es war zwar der Paukenschlag am Anfang. Die Administrativuntersuchung von Prof. Dr. Tomas Poledna widmete sich dem Thema, womit es bereits so stark durchleuchtet war, dass es dazu nicht mehr viel Neues zu sagen gab. Bemerkenswert und furchterregend war, wie ein eigentlicher Staat im Staat entstehen konnte. Das kann ich

an einem Beispiel veranschaulichen, das noch nicht genannt wurde und bei vielen Personen grosse Begeisterung auslöste: die Klärbecken im Werdhölzli. Sie wurden umstatt zurückgebaut, man wollte etwas für die Mitarbeiter machen. Das wäre an sich eine gute Idee gewesen und die Begeisterung war gross. Aber wenn die Begeisterung so gross gewesen wäre, hätte es keinen Anlass gegeben, den Gemeinderat zu umgehen. Der zuständige Stadtrat umging die Legislative. Warum? Man hätte alle vier Klärbecken zusammenrechnen und als Einheit betrachten sollen. Das entspricht einem Betrag zwischen drei und vier Millionen Franken. Dafür wäre nicht ein einzelner Stadtrat und nicht das ganze Gremium des Stadtrats zuständig. Das hätte dem Gemeinderat vorgelegt werden müssen. Das geschah jedoch nicht, weil das Projekt in einzelne Becken aufgeteilt wurde. So erreichte man stets einen Betrag, der unter einer Million Franken lag. Es ist zu hoffen, dass die Arbeit der Kommission auch auf andere Departemente in der Stadt ausstrahlt. Diese Arbeit sollte als Beispiel auch nach oben wirken. Auch bei der Bundesverwaltung gibt es Dinge, die durchleuchtet werden sollen; neuste Ereignisse zeigen, dass das dringend nötig wäre. In diesem Sinne ist zu hoffen, dass unsere Arbeit beispielhaft für die Stadt und den Bund war.

Christine Seidler (SP): *Der Geschäftsbericht ERZ 2001 verkündet den Paradigmenwechsel in der Unternehmenskultur feierlich mit den Worten: «Vom Amtsschimmel zum erfolgreichen Galopper». Der PUK-Bericht kommt zum Schluss, dass hier eher die Pferde durchbrannten. Oder um die Unternehmenskultur mit einer anderen passenden Metapher aus der Tierwelt zu beschreiben: Bei ERZ wedelt der Schwanz mit dem Hund. Die Ablösung aus der Verwaltung lässt nicht nur jegliches Pflichtgefühl und die Rechtsverbindlichkeit vermissen. Erschütternd ist das Gebaren, dass der CEO und die Geschäftsleitung an den Tag legten. Seien es Verfehlungen im Zusammenhang mit der kreativen Handhabung der Buchhaltung oder sei es die Zerstückelung von Buchungen, um bedenkliche Kostenentwicklungen zu vertuschen. Einen breiten Interpretationsspielraum und Kreativität legte ERZ auch im Umgang mit der Submissionsverordnung an den Tag. Das Ziel war, bei freihändigen Vergaben bisweilen unter Anrufung der Ausnahmebestimmung angebandelte Hoflieferanten zu berücksichtigen oder das «lästige» rechtliche Verwaltungsverfahren zu umgehen. Einräumen darf man, dass die Submissionsausschreibungen tadellos erfolgten, sofern sie denn ausgeschrieben wurden. Simuliertes Unternehmertum führt zu Superstars in der Verwaltung, was sich auch zwischen den Zeilen in der Untersuchung ausmachen lässt. Verfehlungen sind auch fehlende Spesenbelege und ein in keiner Weise verhältnismässiger Umgang mit städtischen Kreditkarten. Die Geschäftsleitung ging in hoher Kadenz in gehobenen Restaurants und Gaststätten mit erquicklichen Preisen mit sich selbst essen und trinken und sie nächtigte in Hotels – auch im Ausland und auch am Wochenende. Sie feierte sich selbst und richtete grosszügig Feste aus und war sich keines Unrechts bewusst. Aus diesem Selbstverständnis hinaus entstand der Eindruck, dass der Geschäftsleitung eine bessere Behandlung zusteht als dem Rest der Verwaltung. Der Blick auf die Realität wurde verschoben, eine Parallelwelt aufgebaut. Vor welcher Instanz hat sich die Geschäftsleitung zu verantworten und zu rechtfertigen? Dass Macht verführt und hungrig nach mehr oder sogar gierig macht, ist hinlänglich bekannt. Positionen, in denen dem Vernehmen nach alleine und aufgrund fehlender oder mangelnder Kontrolle über Millionen Franken verfügt werden kann, sind Positionen, die nicht viele Menschen erlangen können. Das birgt*

die Gefahr, dass der Blick verstellt wird und tatsächliche Probleme nicht mehr wahrgenommen werden. Wann genau diese Dynamik bei ERZ entstand, ist schwierig zu differenzieren. Anhand der Kreditkartenabrechnungen ist jedoch zu beobachten, dass die Mitarbeitenden am Anfang ihrer Anstellung die Regeln korrekt einhielten und innerhalb von kurzer Zeit damit anfangen, von der Kultur der Masslosigkeit Gebrauch zu machen und zusehends immer dreister wurden. Das geschah mit Steuergeldern, das diesen Personen anvertraut wurde. Mit den Steuergeldern wurde nicht korrekt umgegangen und das Augenmass für das Wohl der Stadt ging verloren. Im Sinn von Eigeninteressen oder eigenem Gloria wurden eine Parallelwelt und kleine Königreiche aufgebaut. Unabhängig vom nicht korrekten Umgang mit dem anvertrauten Geld und der Macht und unabhängig davon, ob das strafrechtliche Konsequenzen haben wird oder nicht – sich auf Kosten anderer zu bereichern ist unethisch und beschämend. Es besteht zwingender Bedarf für einen fundamentalen Kulturwandel. Dazu gehört auch die Implementierung und das Leben einer bewussten Fehlerkultur. Dabei geht es nicht um Schuldzuweisungen, sondern um die Chance, Missstände zu erkennen und zu beheben. Umso irritierender ist die im Jahr 2020 vom Stadtrat verfasste Stellungnahme, in der er bezüglich der Kritik der mangelnden Aufsichtspflicht die Verantwortung wahlweise auf Dritte schiebt. Das Fazit ist, dass Einzelpersonen die Möglichkeit einer mangelhaften Aufsicht ausgereizt haben – zum Schaden von engagierten und ehrlichen Mitarbeitenden und zum Schaden der Reputation der Stadt Zürich. Zu wünschen bleibt, dass endlich eine Fehlerkultur sowohl bei der Exekutive, der Verwaltung, als auch bei uns selbstverständlich wird und dass auch kritische Leute ernst genommen werden.

Urs Helfenstein (SP): Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, insbesondere bei denen, die am PUK-Bericht mitgeschrieben haben. Ich gehöre nicht dazu. Nach den umfangreichen Berichten der GPK und RPK zum Thema, die Walter Angst (AL) und ich geschrieben haben, hatte ich definitiv keine Lust mehr, noch mehr zum Thema zu schreiben. Die SP erwähnte in ihrer Medienmitteilung zum PUK-Bericht das Fehlen von jeglichem Unrechtsbewusstsein bei den beiden Direktoren. Dazu äussere ich mich nicht, denn die Untersuchung zum Verhalten der beiden Direktoren überlasse ich den Untersuchungsbehörden. Ich will hingegen auf das Führungsverhalten der Vorstehenden zu sprechen kommen. Im Zeitraum, der von der PUK näher untersucht wurde, waren drei TED-Vorstehende im Amt. Bei den Befragungen und im Schriftenwechsel mit den drei Personen fiel auf, dass auch bei ihnen jedes Unrechtsbewusstsein fehlt – aber nicht, was die beiden Direktoren angeht. Das Bewusstsein für die eigenen Fehler oder für Versäumnisse im eigenen Handeln fehlt. Elementare Führungsinstrumente wie ein regelmässiger Austausch mit den Direktunterstellten mit gesetzten Traktanden und protokollierten Inhalten fanden nicht statt. Gemäss den Befragungen soll zwar ein regelmässiger Austausch stattgefunden haben, es sind jedoch weder Traktandenlisten noch schriftliche Protokolle vorhanden. Es ist im Grunde dasselbe, als ob die Gespräche nie stattfanden. Im PUK-Bericht wird festgehalten: «Gerade wenn Personen neu im Amt sind und weder mit den Geschäften des Stadtrats noch mit der Stadtverwaltung an sich näher vertraut sind, ist die Gewährleistung des Informationsflusses von zentraler Bedeutung.» Ich stellte in der PUK die Frage, ob es eine Rolle gespielt haben könnte, dass alle drei Vorstehenden nie im Gemeinderat waren und darum vielleicht mit den äusserst lokalpolitischen Gepflogenheiten und der Stadtverwaltung vielleicht nicht so vertraut waren, wie

es wir sind. Ich scheiterte jedoch mit dem Versuch, diesen Hinweis im Bericht zu verankern. Genauso scheiterte ich damit, die Empfehlung einer strukturierten Departementsübergabe aus dem Bericht zu streichen. Denn meiner Meinung nach besteht bei keiner Übergabe eine Sicherheit, dass die neue Person sich ein vollkommen eigenes Bild von ihrem neuen Departement machen kann und dass sie sich nicht in falscher Sicherheit wiegt, dass alles gut läuft, wie es von einer Vorgängerin oder einem Vorgänger auf den Weg gegeben wurde. Zur Verantwortung einer oder eines Departementsvorstehenden gehört vor allem die Verantwortung für das Departement. Diese besteht auch darin, sich einen fortlaufenden Überblick über die eigenen Zahlen, Prozesse, Projekte, Kredite und so weiter zu verschaffen. Denkt jemand hier in dieser kalten Halle, mit einer strukturierten Übergabe hätte verhindert werden können, dass das geschah, das wir heute mit dem PUK-Bericht beraten? Das wäre uns eher erspart geblieben, wenn sich die jeweils neuen Vorstehenden professioneller mit ihrem Departement auseinandergesetzt hätten, so wie es sich eigentlich gehört und wie es eigentlich zu erwarten wäre. Es konnte zwar keinem der drei Vorstehenden nachgewiesen werden, dass sie sich nicht einen Überblick über ihr Departement verschafften. Aber keine oder keiner konnte nachweisen, dass er oder sie den Überblick hatte. Für Führungspersonen ist es von grossem Vorteil, nachweisen zu können, dass er oder sie diese oder jene Vorkehrung traf oder zumindest versuchte, Unregelmässigkeiten zu verhindern. Auch ist es von grossem Vorteil, wenn sie sich nachweislich nach bestehenden Risiken oder Problemen erkundigten. Das könnte durch protokolliertes Fragen und Antworten geschehen, womit man sich selbst absichern kann. Heute wissen wir beispielsweise, dass bei ERZ über 17 Jahre lang Kreditabrechnungen von abgeschlossenen Projekten nicht erstellt wurden, ohne dass das erkannt wurde. Das zeigt, dass offensichtlich keiner der drei Vorstehenden jemals nachweislich im Departement nach den noch offenen Kreditabrechnungen gefragt hat. Das muss man sich vorstellen. Zusammenfassend kamen mir die Untersuchungen in der PUK oft wie ein Indizienprozess vor. Etwas konkret nachzuweisen war stets schwierig. Was bleibt, ist ein äusserst schaler Nachgeschmack.

Stefan Urech (SVP): Etwas vom Spannendsten am Amt als Gemeinderat finde ich die Gespräche, die in den Gängen, im Foyer und neben der Tribüne geführt werden. Es gibt immer wieder das Thema der Woche oder des Monats. Seit zwei, drei Wochen sind die Stadtratsnominierungen das Thema. Interessant ist der Kriterienkatalog für eine Stadtratsnominierung. In allererster Linie, unabhängig von links und rechts, ist es das Geschlecht: Auf keinen Fall soll es ein Mann sein. Die sexuelle Orientierung ist auch ein Kriterium, sowie die Popularität in gewissen Wählerschichten. Was man praktisch nie hört, ist das Kriterium Führungskompetenz oder Führungserfahrung. Wenn etwas aus dem PUK-Bericht mitgenommen werden kann, ist es, dass wir vorsichtiger auswählen müssen, wen wir für den Stadtrat nominieren. Nominiert werden soll nicht, um gewisse Quoten und ein Wählersegment zu bedienen. Es sollen Leute nominiert werden, die führen können. Die PUK fordert in ihrem Bericht den Stadtrat auf, die Prozesse und Instrumente zur Aufsicht über die Dienstabteilungen zu überarbeiten. Die SVP kam bereits vor längerer Zeit auf die Idee dieser Empfehlung. Im Jahr 2018 wollten wir damit in den Stadtratswahlkampf gehen. Der ganze Satz passte nicht auf das Plakat, weshalb wir volksnaher formulierten: «Saustall ausmisten». Von vielen Seiten erhielten wir Hohn,

Spott und Rüge. Am meisten schimpften die Parteien, die die Stadträte stellten, die jahrelang wegschauten, während so etwas in ihrem Departement geschah. Man muss nicht nur den Stadtrat rügen. Wir müssen auch den Gemeinderat hinterfragen. Die Milizpolitiker des Gemeinderats sehen sich einer immer grösser werdenden Verwaltung gegenüber. Man muss sich fragen, ob wir unserer Aufsichtsfunktion und Aufsichtspflicht noch gerecht werden können. Der Gemeinderat muss – und dies insbesondere in den Kommissionen – quantitativ und qualitativ mehr Unterstützung erhalten. Ein anderes Thema ist die Schulung von uns Gemeinderäten. Als ich in die Kreisschulpflege gewählt wurde, erhielt ich eine zweitägige Schulung, in der mir die Abläufe und Tätigkeiten erklärt wurden. Dabei arbeitete man mit Fallbeispielen. Als ich vier Jahre später in den Gemeinderat gewählt wurde, erhielt ich eine halbstündige Tour des Ratshauses, auf der mir gesagt wurde, wo sich die Toiletten befinden und dass ich im Ratssaal keine Süssgetränke trinken darf. Ansonsten wurde mir nicht viel mitgegeben. Bevor ich meine wahre Berufung im Gemeinderat in der Spezialkommission Präsidialdepartement, Schul- und Sportdepartement (SK PRD/SSD) fand, hatte ich einen Gastauftritt in der GPK und der RPK. Wenn ich hier behaupten würde, dass ich meine Aufgabe und meine Aufsichtsfunktion verantwortungsvoll wahrnahm, würde ich Sie anlügen. Oft hatte ich keine Ahnung davon, was ich tat und was vor mir lag, weil ich teilweise überfordert war und ich nie eine Schulung oder eine grundlegende Einführung erhielt. Ich behandelte die ersten vierzig Weisungen in der Kommission, ohne gross zu wissen, wovon ich sprach. Es wäre vermessen zu behaupten, dass das alles nicht geschehen wäre oder dass es aufgedeckt worden wäre, wenn wir besser geschult worden wären oder bessere Unterstützung in der Kommission erhielten. Man muss sich jedoch fragen: Wenn der Whistleblower nicht gewesen wäre und wir keinen Hinweis erhalten hätten, wären die Vorkommnisse aufgedeckt worden? Der PUK-Bericht muss ein Weckruf sein: Das Milizparlament muss gestärkt werden, damit es überleben kann.

Claudia Rabelbauer (EVP): *Die PUK ERZ arbeitete in den vergangenen drei Jahren sehr akribisch und steckte so den Boden des Ausmasses der Vorkommnisse in der Dienstabteilung ERZ ab. Es wurde alles umgepflügt, was umgepflügt werden konnte. Jetzt braucht es aber die richtigen Schlüsse aus den Erkenntnissen sowie griffige und nachhaltige Massnahmen, damit ein solches Malheur nicht so schnell wieder vorkommen kann. Der Bericht ist exemplarisch und zeigt auf, wie wichtig es ist, dass sich sowohl der Gemeinderat wie auch der Stadtrat neben ihren politischen Interessen und ihren eigenen Agenden immer beispielhaft am Verwaltungsrecht orientieren und ihre Oberaufsicht ausüben müssen. Der Bericht zeigt, was geschieht, wenn das nicht getan wird. Die Vorgaben, Regeln und Rechte müssen den Akteuren bekannt sein. Sie müssen ihre Verantwortung wahrnehmen, damit das Recht partei- und interessenübergreifend eingehalten wird. Eine obligatorische Weiterbildung für Gemeinderäte, die neu in den Stadtrat eintreten und eine systematisierte Amtseinführung in den Stadtrat – und vielleicht auch in den Gemeinderat – muss konzipiert werden. Wenn das Büro, die Parlamentsdienste oder andere Kommissionen Unterstützung brauchen, sollen wir uns das etwas kosten lassen – einfach und unbürokratisch. Das Milizparlament ist eine gute Sache. Aber je komplexer und technischer gewisse Aufgaben und Abteilungen werden, desto mehr muss sich auch ein Milizsystem das nötige Know-how zur Beurteilung einkaufen können. Dasselbe gilt für den Stadtrat. Die Orientierung am Recht gilt für eine*

Verwaltung umso mehr, als dass der Staat in vielen Bereichen eine Monopolstellung einnimmt. Das Regulativ des freien Markts und eine belebende Konkurrenz, die die Preise vielleicht senkt, fallen weg. Eine Überfinanzierung kann in der Verwaltung nur verhindert werden, indem man sich am Kostendeckungsprinzip orientiert. Der Staat muss stets im Blick haben, wo es Luft in der Verwaltung gibt oder wenn ein Bereich durch Gebühren oder Steuern überfinanziert wird. Wenn plötzlich viel Geld vorhanden ist, ist die Versuchung gross, dass mit den Geldern verschwenderisch umgegangen wird oder dass nicht legitimierte, von der Kernaufgabe abweichende Ausgaben getätigt werden. Bei dieser Kontrolle steht insbesondere das Stadtpräsidium in der Pflicht, immer ein Auge auf die Gesamtverwaltung zu haben. Es reicht nicht aus, erst bei Verdachtsmomenten aktiv zu werden. Der Stadtrat muss in den nächsten zwei Jahren konkrete Vorschläge bringen, wie er seine Führung und Kontrollverantwortung professionell und systematisiert wahrnehmen will. Welche Instrumente und Prozesse braucht es, damit eine mögliche Überfinanzierung oder Luft in der Verwaltung gemessen werden können? Die Arbeit in der PUK ist exemplarisch. Unter der stets hervorragend vorbereiteten Führung des Präsidenten der PUK ERZ, Markus Merki (GLP), und zusammen mit dem ausserordentlich kompetenten Sekretariat, bestehend aus der Rechtsanwältin Alexandra Boller und dem Rechtsanwalt Felix Schöpfer, arbeitete die Kommission parteiübergreifend sehr konstruktiv zusammen und brachte einen fachlich fundierten, sehr aufschlussreichen Bericht zustande. Nicht zuletzt muss uns allen jedoch bewusst sein, dass es mit unserem Verständnis von Freiheit auch im bestfunktionierenden System immer schwarze Schafe geben wird. Ein von Misstrauen und Vorurteilen geprägtes bürokratisches Kontrollregelwerk, das Innovation und Exzellenz in der Verwaltung abwürgt, liegt nicht im Interesse der EVP. Es braucht eine konstruktive Fehlerkultur, weil man aus Fehlern klüger werden darf.

Simone Brander (SP): *Dorothea Frei (SP) war meine Vorgängerin in der PUK und von Anfang an dabei. Ab Januar 2018 war sie die SP-Vertretung im geschäftsleitenden Ausschuss, bis sie im September letzten Jahres aus dem Gemeinderat ausschied. Weiter hatte sie auch den Vorsitz der Subkommission III inne. Ich danke Dorothea für ihre Arbeit und ihr Engagement. Sie sollte eigentlich heute hier stehen und ihre Aussagen vortragen. Weil sie so lange und engagiert in der PUK mitarbeitete, fragte ich sie, ob ich etwas in ihrem Namen mitteilen soll. Sie liess mir folgendes Statement zukommen: «Wichtig erscheint mir, dass sowohl der Stadtrat als auch der Gemeinderat Controlling-Instrumente aufbauen und/oder, wo schon vorhanden, auch nutzen. Das heisst beispielsweise, die Rückmeldung der Finanzkontrolle muss anders gewichtet werden. Mitarbeiterqualifikationen sind auszufüllen und die vereinbarten Zielsetzungen sind auch zwischenjährlich zu überprüfen. Dann soll das Reporting – Dienstchefs, Dienstchefin, Stadtrat – endlich protokolliert werden und der Stadtrat soll sich eine Liste über laufende Geschäfte erstellen, beziehungsweise erstellen lassen, und sich bei diesen auch gezielt rapportieren lassen. Es gibt unterdessen ja auch Instrumente für das strategische Controlling. Da sollten sich sowohl Gemeinderat und Stadtrat schlau machen dazu.»*

Andreas Kirstein (AL): *Es wurde eigentlich alles schon gesagt und beinahe alles ist sehr gut und sehr richtig. Auf zwei Dinge will ich eingehen. Andreas Egli (FDP) kommt der Verdienst zu, die dreijährige Harmonie in der PUK verdankenswerterweise erst nach*

der PUK ein wenig aufzuheben. Wenn er jetzt ein Loblied auf die seligmachende Wirkung von Ausgliederungen und allenfalls Privatisierungen auf Kontrollen, auf die Effizienz und auf die Korrektheit von Abläufen singt, konterkariert das eigentlich den Bericht und die Ergebnisse der PUK geradezu. Nach 430 Seiten gegenteiligem Befund mutet das bei allen Bemühungen von ERZ, in die Privatwirtschaft auszubrechen, sehr merkwürdig an. Ich bitte den Stadtrat inständig, die Bemerkungen von Andreas Egli (FDP) weitgehend zu ignorieren, vor allem bei der Ausgestaltung seines Beteiligungsmanagements. Dort ist keine Politik der langen Leinen, sondern eine der kurzen Leine anzustreben. Ich komme kurz auf den Punkt von Urs Helfenstein (SP) zu sprechen. Er führte aus, dass er bereits in der PUK nicht verstand, was der Transitionsbericht und das Regelwerk zur Übergabe von Departementen bewirken sollen. Die strukturierte Departementsübergabe, die wir empfehlen, ist ein Schlüsselmoment auch aufgrund der Beobachtungen und den Erkenntnissen aus dem Bericht der PUK ERZ. Es geht nicht darum, einen leeren Schematismus aufzubauen, wo der abtretende Departementsvorsteher ein Formular ausfüllt und der neue das Formular gegenzeichnet. Es geht darum, sicherzustellen – nicht zuletzt durch die Stadtpräsidentin, die gemäss der Geschäftsordnung des Stadtrats dafür zuständig ist – dass wenigstens der Versuch unternommen wird, der neuen Departementsvorsteherin oder dem neuen Departementsvorsteher alle Tatsachen zu Gehör zu bringen, die notwendig sind. Dazu gehören Auffälligkeiten; ein gewisser Leitfaden kann erstellt werden. Solche Transitionsberichte, die dann der Stadtpräsidentin abzugeben sind und die von ihr genau zu prüfen sind, sind in jeder modernen Organisation heute selbstverständlich. Bei allen Organisationen – beispielsweise an grossen Hochschulen – gehört es selbstverständlich dazu, dass die abtretende Hochschulpräsidentin dem neuen Hochschulpräsidenten einen Transitionsbericht vorlegt, der überprüfbar ist. Darum will ich für dieses Instrument nochmals stark eine Lanze brechen. Lassen Sie sich nicht als Stadtrat durch die Voten dazu irritieren, dass dies in der PUK umstritten war. Es war beinahe einhellig die Meinung der gesamten PUK.

Felix Moser (Grüne): Ich äussere mich zum PUK-Bericht als Präsident der RPK und im Namen der RPK. Wir besprachen und diskutierten den Bericht am Montag in unserer Sitzung, insbesondere die Stellen, an denen die RPK erwähnt wird – sowohl bei der Aufarbeitung wie auch bei den Empfehlungen. Die RPK beschäftigt sich schon länger mit der Aufarbeitung der Vorkommnisse bei ERZ; nämlich seit Anfang 2016, als die Sonderkommission der GPK, die SoKo ERZ, ihre Arbeit aufnahm. Damals tauschten wir die Protokolle mit der GPK aus, darum waren beide Aufsichtskommissionen stets auf dem aktuellen Stand. Diese Zusammenarbeit bewährt sich auch heute noch bei anderen Geschäften. Im Laufe der Beratungen wurde die RPK Mitte 2017 auf die Werkstattbetriebe aufmerksam. Nachdem wir zuerst einige Fragen stellten, kamen wir zum Schluss, dass wir Unterstützung benötigen und beauftragten die ZFK mit einer Sonderprüfung, um die Situation der Werkstattbetriebe zu überprüfen. Die Feststellung aus der Sonderprüfung resultierten in einem Postulat der RPK, das überwiesen wurde. Heute sind die Werkstattbetriebe reorganisiert und die angebotenen Dienstleistungen wurden auf die Kernaufgaben reduziert, was sicher auch eine Folge dieses Vorstosses ist. Eine Empfehlung der PUK ist, die Informationsflüsse zwischen der ZFK und den Aufsichtskommissionen zu verstärken. Ein Beispiel, an dem wir schon länger daran sind: Sowie vonseiten der ZFK wie auch der RPK ist klar, dass das Verhältnis zwischen beiden Institutionen neu

geregelt werden muss. Ein Mittel wäre eine Finanzkontrollverordnung, so wie es in anderen Schweizer Städten und Kantonen Finanzkontrollregelungen auf Verordnungs- oder Gesetzesstufe gibt. Im Juli 2017 informierte die ZFK die RPK über das Anliegen. Wir diskutierten mögliche Eckpunkte miteinander. Es kann aber weder die ZFK noch die RPK eine Verordnung erlassen: Das ist die Aufgabe des Stadtrats, der sie dem Gemeinderat vorlegt. Das Finanzdepartement arbeitet seit damals an einer Finanzkontrollverordnung. Seit mehr als drei Jahren war das mehrmals ein Thema, aber es geht nicht vorwärts. Im Namen der RPK fordere ich den Stadtrat und den Finanzvorsteher auf, die pendente Finanzkontrollverordnung voranzutreiben und rasch einen Entwurf vorzulegen, damit wir mit dem Geschäft weiterfahren können. Ein weiterer Punkt, der die RPK beschäftigt, sind die Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen. Eine Empfehlung des Berichts ist, die Parlamentsdienste zu stärken, sodass sie auch fachlichen Support erbringen können. Im September 2019 fragte die RPK im Büro nach, ob es möglich ist, für komplexere Geschäfte wissenschaftliche Fachpersonen beizuziehen oder anzustellen. Wir freuen uns, dass wir genau diese Empfehlung im PUK-Bericht finden. Hingegen muss ich auch erwähnen, dass wir vom Büro seit diesen knapp 1,5 Jahren noch keine Antwort auf unsere Frage erhielten. Auf Nachfrage wurde mir mitgeteilt, dass das Büro wegen Corona und anderen wichtigen Geschäften noch keine Zeit hatte, darüber zu diskutieren. Ich würde mir sehr wünschen, wenn Anfragen der RPK vom Büro rascher besprochen werden könnten. Ich hoffe, dass es mit der PUK-Empfehlung rascher vorangeht mit diesem Anliegen. Bei der Diskussion um Ressourcen müssen wir uns bewusst sein, worum es geht. Der Gemeinderat und insbesondere die RPK müssen den Haushalt der Stadt prüfen. Das geschieht teilweise mit der Unterstützung durch die ZFK. Nach dem Bund und Kanton handelt es sich beim Haushalt der Stadt um den drittgrössten öffentlichen Haushalt der Schweiz mit einem Umfang von 9 Milliarden Franken. Die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, entsprechen nicht ganz dem riesigen Umfang des Haushalts. Wir sind elf Teilzeitpolitikerinnen und -politiker in der Kommission, die neben der Kommissionsarbeit auch der normalen Gemeinderatsarbeit und einer anderen Arbeit nachgehen. Wir haben in der Kommission ein Sekretariat von 60 Prozent. Das sind unsere Mittel. Ich behaupte nicht, dass mit mehr Ressourcen alles besser wird, aber es ist offensichtlich, dass die RPK für ihre Aufgaben durchaus gestärkt werden kann und gemäss den Empfehlungen der PUK auch gestärkt werden soll. Gewisse Aufgaben sollen gemäss den Empfehlungen sogar noch intensiviert werden, beispielsweise die Überprüfung der städtischen Beteiligungen. Die RPK wird alle Empfehlungen im Detail prüfen und wir werden dann Vorschläge für die Umsetzung ausarbeiten und damit wiederum ans Büro gelangen.

Michael Schmid (FDP): Als Mitglied der PUK hätte ich mich nicht mehr zu Wort gemeldet, weil ich mich den Voten von SVP bis AL weitestgehend anschliessen kann. Neben dem einleitenden Votum des Präsidenten Markus Merki (GLP) will ich explizit auch die Voten von Marcel Bührig (Grüne) und von Mischa Schiwow (AL) herausheben, die sehr bedenkenswerte Aussagen machten. Sie konnten vermitteln und herauskristallisieren, was die Erkenntnisse sind, die wir in der PUK durch die jahrelange Arbeit gewannen. Zu Wort meldete ich mich primär als Fraktionspräsident der FDP und kann mich an meinen Kollegen, den Fraktionspräsidenten der AL, wenden. Denn er fand einen Dreh, das Schreckgespenst der Linken zu apostrophieren: die privatrechtliche Gesellschaft und

insbesondere die Aktiengesellschaft. Ich glaube, er befindet sich auf dem Holzweg. In der real existierenden Stadt Zürich gibt es einerseits hoheitliches Handeln und andererseits Handeln der Stadt, mit dem sie im Markt und Wettbewerb auftreten will und soll. Das ist nicht eine freisinnige oder bürgerliche Erfindung, sondern das geht insbesondere auch auf Initiativen oder Entscheide zurück, die von Links geprägt sind. Wenn man im Markt sein und am Wettbewerb teilnehmen will, kann die Aktiengesellschaft ein geeignetes Instrument sein, das sehr klare Regeln aufstellt und eine klare Governance vorsieht, an die man sich halten muss. Das Problem, das wir feststellten, ist, dass man sich weder an diese noch an die Regeln des öffentlichen Rechts der Stadt hielt. Art. 5 Abs. 1 der Bundesverfassung hält fest: «Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist das Recht.» Die Verwaltung hat sich daran zu halten, unabhängig davon, in welchem Set von Regeln sie konkret unterwegs ist. Wenn das nicht eingehalten wird, liegt es an der Aufsicht und der Oberaufsicht – also am Stadtrat und am Gemeinderat – einzuschreiten. In dieser Sache haben wir effektiv keine Differenzen. Wie weit Ausgliederungen gemacht werden sollen und wie weit die Aktiengesellschaft das geeignete Instrument ist und was die Konsequenzen sind – diese Diskussionen werden wir verschiedentlich wieder führen können.

Susanne Brunner (SVP): *Ich spreche nicht als Mitglied der PUK und möchte ganz herzlich den Mitgliedern der PUK für ihre sorgfältige Arbeit und auch für ihre Präsentation und Kommentierung des PUK-Berichts heute Abend hier im Rat danken. Ich möchte jedoch nicht umhinkommen, dass wir hier schlussfolgernd in die falsche Richtung lenken. Ich glaube nicht, dass wir uns nur darauf fokussieren müssen, dass wir die Aufsichtskommissionen GPK und RPK stärken müssen. Eine Stärkung von uns im Milizparlament und in unserer Aufsichtsfunktion ist sicher einer der richtigen Ansätze. Aber bei meinen Vorrednern hörte ich einige Male die Anklage, dass der Gemeinderat nicht genügt hätte. Die Gemeinderätinnen und die Gemeinderäte müssen nicht auf die Anklagebank geschickt werden; das kann nicht die Conclusio der Arbeit der GPK sein. Ein Punkt ist, dass bei dieser Sache der Bürger betrogen wurde. Betrogen wurden der Wähler und der Gebührenzahler. Wie war das möglich? Durch jahrelanges grob gesetzeswidriges Verhalten oberster Führungspersonen von Dienstabteilungen. Die Führungskräfte rapportierten an ihre vorgesetzten Stellen. Das sind die Stadträte, die damals im Amt waren. Ich glaube, dass man den Fokus auch darauf legen müsste. Das ist meine Conclusio, wenn ich den Bericht lese. Es gab sicher eine gewisse Überforderung der Stadträte, die damals im Amt waren. Etwas erscheint mir sehr wichtig: Es geht nicht nur um die von Andreas Kirstein (AL) vorgeschlagenen Transitionsberichte oder um andere Werkzeuge, die man bei der Übergabe von einem Stadtrat zum nächsten ersinnen mag. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass man immer Fragen stellt – nicht nur als Stadtrat. Ich glaube, dass man das immer und jederzeit machen sollte. Auch darum erschrak ich ein wenig, als uns hier im Gemeinderat im Rahmen der Budgetdebatte vorgeworfen wurde, wir hätten als Parlamentarier diese und jene Frage gestellt. Dabei ist es unsere Funktion als Parlamentarier, Fragen zu stellen. Ich glaube, dass genauso so auch die Stadträte Fragen stellen sollten. Weil natürlich können sie nicht in jedem Detail und Sachverhalt Expertinnen und Experten sein; dafür haben sie ihre Dienstabteilungsleiter und ihre Mitarbeiter. Aber man muss Fragen stellen. Ebenfalls anmerken will ich, dass*

der Bericht der PUK ERZ nicht so gelesen werden sollte, dass Ausgliederungen und Privatisierungen das falsche Instrument sind, weil hier jemand mit unternehmerischem Engagement Stadträte und Aufsichtsbehörden während Jahren täuschen konnte. Das Gegenteil ist der Fall. Genau dort, wo die Stadt nicht in einem Monopolbereich tätig ist, beispielsweise bei den Spitälern oder beim Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), wäre es richtig, dass die Ausgliederungen angepackt werden. Das ist für mich auch eine der Schlussfolgerungen aus dem Bericht der PUK ERZ.

Markus Kunz (Grüne): *Bei dieser Debatte fühle ich mich an die schöne indische Legende erinnert, in der ein Elefant von Blinden umgeben ist und die alle ein anderes Stück des Elefanten anfassen und dann entsprechend eine andere Geschichte darüber erzählen, was ein Elefant sei. Der umfangreiche PUK-Bericht liegt vor und die Interpretationen gehen deutlich auseinander. So soll es aber auch sein. Auch von meiner Seite einen herzlichen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die sich diese Mühe machten. Ich bin froh, dass sie sich dafür Zeit nehmen konnten. Meine Quintessenz des Berichts ist, vor der eigenen Türe zu kehren. Ich ertappte mich immer wieder bei der Frage, wie ich das erlebte. Ich war Mitglied von verschiedenen betroffenen Kommissionen; zwei Mal in der GPK und in der SK TED/DIB, die ERZ beaufsichtigt. Der Bericht und die Empfehlungen der PUK sind zwar klar – aber was heisst das nun genau? Ich glaube, wir müssen diese Frage mitnehmen. Die PUK hat ihre Arbeit beendet, aber uns steht noch sehr viel Arbeit bevor. Das stelle ich auch fest, wenn ich Michael Schmid (FDP) zuhöre; nicht nur, weil wir unterschiedliche Interpretationsauffassungen haben, sondern weil wir das de facto in unserem Alltag umsetzen müssen. Was bedeutet genau die Aufsicht und die Oberaufsicht, wie setzen wir das um und was brauchen wir dafür? Das ist nichts Neues. Meine Einsicht aus dem Bericht ist, dass solche Dinge immer wieder debattiert werden müssen. Ich erinnere mich an sehr spannende Momente in der GPK. Einmal hielt der damalige Präsident Matthias Probst (Grüne) anstelle einer Kommissionsreise eine Tagung zum Thema Beteiligungsmanagement. Mit Fachleuten diskutierten wir damals bereits sehr intensiv. Daraus resultierte unter anderem das Postulat GR Nr. 2017/51 für Corporate Governance. Daraus entstand wiederum das städtische Beteiligungsreglement, das uns jetzt vorliegt. Damit und jetzt beginnt die eigentliche Arbeit. Im Zusammenhang mit solchen Weisungen müssen wir die Frage beantworten, wie wir mit solchen Dingen umgehen. Wenn STR Michael Baumer der Verwaltungsratspräsident der Energie 360° AG ist und im gleichen Verwaltungsrat auch zwei seiner Untergebenen aus der Verwaltung sitzen, dann stellen sich genau die entscheidenden und spannenden Fragen. Was ist in diesem Zusammenhang unsere Aufsichtspflicht, wen genau beaufsichtigen wir und was ist unser Handlungsspielraum? Wo haben wir Zugang zu welchen Mitteln und was ist unser Einflussspielraum? Dort entscheidet sich die Frage, was Aufsicht und was Oberaufsicht bedeutet. Diese Arbeit ist eine Knochenarbeit. Nicht überall im Rat erlebte ich immer die gleiche Begeisterung bei solchen Punkten, wie wenn es beispielsweise um den 783. Vorstoss auf Quartierebene geht. Ich bin äusserst froh, wenn wir den guten Geist, der von der PUK vorbereitet wurde und heute in der Debatte herrscht, in unsere zukünftige parlamentarische Arbeit weiterziehen können. Denn es ist richtig, dass wir nicht nur Vorstösse machen dürfen, sondern auch die Aufsichtspflicht über eine der grössten Organisationen in diesem Land erfüllen müssen.*

Walter Angst (AL): *Erst will ich Stefan Urech (SVP) danken. Ich dachte kurz zurück, wie es war, als ich im Jahr 2006 in die RPK kam. Mir ging es genau gleich. Rückblickend begannen wir dort, an der Oberfläche herumzustochern. Von einer Kollegin in der RPK bekam ich dann die Mitteilung, dass man beim TED nicht herumstochern sollte, weil dort ein toller Chef sei, der für seine Mitarbeiter schaut. Eine Zeit lang befolgte ich den Rat und realisierte mit der Zeit, dass es vielleicht doch kein guter Rat war, worauf ich wieder herumzustochern begann. Ich danke meiner Fraktion, dass sie mich so lange diese Arbeit machen liess. Dadurch konnte ich zum Glauben gelangen, dass man sehr wohl die Aufsichtsfunktion wahrnehmen kann, wenn man bereit ist, Fragen zu stellen. Es ist nicht so, dass man 80 Prozent der städtischen Betriebe verkaufen oder privatisieren muss, weil wir die Aufsichtsfunktion nicht leisten könnten. Ich bin überzeugt, dass wir sie leisten können. Es ist auch gut, dass wir sie leisten. Denn sehr viele Angebote der Stadt sind faktisch Monopolangebote. Es wäre falsch, die Zürcher Bürgerinnen und Bürger pseudo-privatisierten Monopolbetrieben zum Frass vorzuwerfen. Als Antwort auf Andreas Kirstein (AL) sagte Michael Schmid (FDP), dass es falsch wäre, wenn wir der Frage, wie Betriebe organisiert sein sollen, kritisch gegenüberstehen. Andreas Kirstein (AL) sagte jedoch, dass jeder grosse Betrieb, der viele Gebühren einnimmt, an der kurzen Leine gehalten werden muss – unabhängig davon, ob man ihn als AG, als GmbH, als Anstalt oder als städtische Dienstabteilung führt. Wenn mir Michael Schmid (FDP) zeigen kann, wie eine AG wie die Energie 360° an der kurzen Leine geführt werden kann, bin ich sehr offen, darüber nachzudenken und zu diskutieren. Die Realität zeigt jedoch, dass wir mit der blödsinnigen Privatisierung der Gasversorgung heute vor einem grossen Chaos stehen. Wie löst das unser Stadtrat? Lesen Sie die Beteiligungsstrategie. Man macht eine Fachstelle Fernwärme Zürich AG, wo man versucht, drei Organisationen, die dem Staat gehören, aber nicht die gleiche Organisationsform haben, in einer Form zu koordinieren. Wir versuchen jetzt dort die Fehler der Vergangenheit aufzuwischen. Es ist wahrscheinlich keine gute Strategie. Eigentlich wäre es besser, wenn die städtische Wärmeversorgung in einer Dienstabteilung zentralisiert würde und die Gasversorgungsleitungen in der Ostschweiz und an anderen Orten konvertiert würden. Denn wir wollen nicht nur Netto-Null in der Stadt, sondern auch überall dort in der Schweiz, wo wir Einfluss haben. Noch ein letzter Hinweis zur Frage der Organisationsform. Wir haben auch ein anderes Beispiel einer Dachstrategie, die uns der Stadtrat vorschlägt und ich grosse Augen machte. Es ist die Dachstrategie für die Spitäler. Ich wusste nicht, was das ist und was das soll. Zum Thema Spitäler und ob sie besser privat oder öffentlich geführt werden: Es sind alles Betriebe, die zu 100 Prozent durch Gebühren finanziert werden. Es sind unterschiedliche Rechtsformen, die die Dienstleistungen erbringen. Aber unsere Krankenkassenprämien sind nichts anderes als eine der seltsamsten Gebühren. Tatsache ist, dass wir in der Vergangenheit in der Stadt und im Kanton schnell erreichen konnten, die Spitäler als städtische Dienstabteilungen wieder auf Erfolgskurs zu bringen. Es braucht die Diskussion darüber, was die sinnvolle Organisationsform ist. Dabei muss man offen sein. Aber das Credo, dass alles privat Organisierte gut sei, basiert nicht auf der erfahrenen Realität.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: *Wir sprachen jetzt gut zwei Stunden über die Vergangenheit von ERZ und ich glaube, wir sollten die Diskussion nicht beenden, ohne einen kurzen Blick auf ERZ der Gegenwart zu werfen. Christine Seidler (SP) sagte, es braucht einen Kulturwandel. Ja, den braucht es. Aber ich glaube, ich kann nach den drei Jahren sagen, dass ein Kulturwandel stattfand und sich dieser etablierte. Die gesamte ERZ-Geschäftsleitung wurde neu besetzt. Das Controlling innerhalb von ERZ als einer der ganz wesentlichen Punkte, der kritisiert wurde und Teil des Übels war, wurde neu aufgestellt und gestärkt. Es fand eine Reorganisation des gesamten Betriebs statt. Die augenfälligsten, bekanntesten und spektakulärsten Dinge sind vielleicht nicht die wichtigsten. Die Emus, die Oldtimer und die Badeteiche konnten von allen genüsslich mitverfolgt werden. Das wurde geklärt und aufgeräumt. Die Emus sind weg, die Oldtimer verkauft und die Badeteiche aufgelöst. Es wurden aber nicht nur die augenfälligsten Übel beseitigt, auch die Beteiligungen an den Gesellschaften wurden geklärt. Die Verwaltungsratsmandate wurden neu besetzt. Wir setzten unabhängige Verwaltungsräte von aussen ein, sodass die Corporate Governance, die Kontrolle und die Aufsicht gestärkt wurden. Die Gebührenordnungen in allen unseren Bereichen wurden bereits oder werden neu organisiert. Die riesigen Reserven, die angehäuft wurden, sind nicht weg – das Gros der Gebühren ist noch da. Die Steuerzahler erhalten das über Bonusaktionen zurück, bis die Reserven wieder abgebaut sind. Die neuen Gebührenordnungen werden alle gerecht und ohne unnütze Reserven organisiert. Gleichzeitig wird aber auch der laufende Betrieb fortgeführt. Die Fernwärme wird ausgebaut. Der Ausstieg aus den fossilen Energien läuft auch mit ERZ stark. Die Abwasserreinigungsanlagen werden laufend auf den neusten Stand gebracht. Ich glaube, wir können heute sagen, dass jetzt genau der richtige Zeitpunkt zum Abschluss der PUK ist – nach dem Bericht zur Administrativuntersuchung von Prof. Dr. Tomas Poledna und nach den zahlreichen Massnahmen, die wir umsetzten. Ich kann heute dastehen und sagen, dass ERZ eine Dienstabteilung wie jede andere ist. Es ist eine «normale» Dienstabteilung und nicht mehr die, in der alles faul ist und man nichts glauben kann. Diese Zeit ist vorbei und es ist der Zeitpunkt, um einen riesigen Dank auszusprechen an alle, die das bewerkstelligten und den Wagen in eine neue Richtung lenkten. In allererster Linie ist das der neue Direktor Daniel Aebli, der sein gesamtes Herzblut investierte, um ERZ zu einem guten, schönen Vorzeigebetrieb umzugestalten. Allen Mitarbeiterinnen von ERZ, die in den letzten Jahren sehr schwierige Zeiten durchlebten, in denen sie als Ganzes pauschal in der Kritik standen – auch die kleinen, einfachen, unteren Mitarbeiterinnen und Chargen – müssen wir danken, dass sie weiterarbeiteten, ERZ die Stange hielten und dabei blieben, obwohl sie auf der Strasse zum Teil angeschuldigt wurden für Missstände, für die sie keine Mitschuld trugen. Wir dürfen auch nicht vergessen, dem Whistleblower zu danken, der den Mut hatte, etwas zu sagen. Ich danke auch STR Filippo Leutenegger, der damit begann, den Stall auszumisten. Ich danke dem gesamten Stadtrat, der das von Anfang an und durch das Band unterstützte und alles unternahm, damit wir Tabula rasa machen können. Ich danke dem Departementssekretariat meines Departements, das sehr viel Arbeit leistete, nur schon, um in alle Archive zu gehen und unzählige Akten zu suchen, die beinahe nicht mehr auffindbar waren. Ich danke auch dem Rechtskonsulenten, der ebenfalls mitarbeitete. Ich danke Prof. Dr. Tomas Poledna und der PUK. Die Aufarbeitung erlaubt uns heute, als ERZ stark, selbstbewusst und zuversichtlich in die Zukunft zu blicken.*

Markus Merki (GLP): *Ich habe ein Fragezeichen vor Augen und weiss nicht, was ich sagen soll. Ich meldete mich zu Wort, um die gute Debatte zu loben; vor allem von den Mitgliedern aus der PUK. Alle Voten zeigten, dass wir an einem Strick zogen. Parteiliche Nuancen schienen durch, das darf und muss so sein. Grundsätzlich steht das ganze Parlament hinter dem Bericht. Ich will auch das Votum der Stadtpräsidentin entgegennehmen; sie sagte, dass sich der Stadtrat heute bewusst ist, dass Fehler gemacht wurden. Ich muss das allerdings nach dem Votum von STR Richard Wolff in Frage stellen. Obwohl ich alle Massnahmen anerkenne, die bei ERZ eingeleitet wurden und die wir auch im Bericht abbildeten, hörte es sich stark nach Selbstbeweihräucherung an. Beinahe kam es mir vor, dass man im alten Fahrwasser landete. Alles macht man bei ERZ: Man trifft Massnahmen, listet auf, was alles getan wurde, damit es in Zukunft nicht mehr so kommt. Aber eine Hauptaussage des PUK-Berichts, die auch in den Voten fiel, ist, dass der Stadtrat in den Spiegel schauen, selbstkritisch bleiben und an das herangehen soll. Das hörten wir in den aufgezählten Massnahmen nicht. Darum kam es bei mir zu einem Fragezeichen. Ich nehme das Votum jedoch als Verteidigung von ERZ auf. All die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die subalternen Angestellten leisten eine gute Arbeit und haben es verdient, dass wir sie loben. Ich will nochmals den Mitgliedern für ihr Mitwirken und für die guten Voten von heute Abend danken und dem Stadtrat mitgeben, dass er selbstkritisch bleiben, auf die Arbeit schauen und die PUK-Empfehlungen mitnehmen soll. Er soll nicht nur bei ERZ aufräumen, sondern auch auf der Stufe der Departemente und auf der Stufe Stadtrat.*

Stefan Urech (SVP): *Sie erlebten heute Abend die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die in der PUK sasssen. Stellen sie sich diese 17 politischen Tiere in einem Zimmer vor. Zum Teil wurde hitzig diskutiert und wir brauchten einen Dompteur, der ruhig Blut bewahrte und der uns zum Ziel führte. Bei dieser Person, beim Kommissionspräsidenten Markus Merki (GLP), möchte ich mich im Namen der Kommissionsmitglieder herzlich bedanken. Du hast immer die Ruhe bewahrt und somit massgeblich dazu beigetragen, dass wir auch nach hitzigen Diskussionen alle zusammen ein Bier trinken oder Essen gehen konnten. Du hast vor allem auch sehr viel Freizeit für die PUK geopfert und auf sehr viel verzichtet in den letzten Jahren. Wenn wir etwas in der PUK lernten und uns eine Kompetenz aneigneten, ist das, in geheimer Mission unterwegs zu sein. Ich danke dir für deinen grossen Einsatz.*

Die PUK ERZ beantragt dem Gemeinderat:

1. Der Schlussbericht der PUK ERZ vom 9. Dezember 2020 wird zur Kenntnis genommen.

Zustimmung: Präsident Markus Merki (GLP), Referent; Markus Baumann (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Simone Brander (SP), Marcel Bührig (Grüne), Martin Bürki (FDP), Andreas Egli (FDP), Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Andreas Kirstein (AL), Felix Moser (Grüne), Claudia Rabelbauer (EVP), Mischa Schiowow (AL), Michael Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Stefan Urech (SVP)

26 / 27

Der Rat stimmt dem Antrag der PUK ERZ mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die PUK ERZ beantragt dem Gemeinderat:

2. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat spätestens 2 Jahre nach Kenntnisnahme des Berichts der PUK ERZ über die Umsetzung der Empfehlungen Bericht zu erstatten.

Zustimmung: Präsident Markus Merki (GLP), Referent; Markus Baumann (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Simone Brander (SP), Marcel Bührig (Grüne), Martin Bürki (FDP), Andreas Egli (FDP), Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Andreas Kirstein (AL), Felix Moser (Grüne), Claudia Rabelbauer (EVP), Mischa Schiwow (AL), Michael Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der PUK ERZ mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die PUK ERZ beantragt dem Gemeinderat:

3. Das Büro wird beauftragt, spätestens 2 Jahre nach Kenntnisnahme des Berichts der PUK ERZ die Umsetzung der an den Gemeinderat gerichteten Empfehlungen zu analysieren und den Gemeinderat darüber zu informieren.

Zustimmung: Präsident Markus Merki (GLP), Referent; Markus Baumann (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Simone Brander (SP), Marcel Bührig (Grüne), Martin Bürki (FDP), Andreas Egli (FDP), Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Andreas Kirstein (AL), Felix Moser (Grüne), Claudia Rabelbauer (EVP), Mischa Schiwow (AL), Michael Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der PUK ERZ mit 106 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die PUK ERZ beantragt dem Gemeinderat:

4. Die Untersuchung wird für beendet erklärt, die Untersuchungskommission aufgelöst und der Beschlussantrag GR Nr. 2017/286 vom 30. August 2017 als erledigt abgeschrieben.

Zustimmung: Präsident Markus Merki (GLP), Referent; Markus Baumann (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Simone Brander (SP), Marcel Bührig (Grüne), Martin Bürki (FDP), Andreas Egli (FDP), Renate Fischer (SP), Urs Helfenstein (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Andreas Kirstein (AL), Felix Moser (Grüne), Claudia Rabelbauer (EVP), Mischa Schiwow (AL), Michael Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Stefan Urech (SVP)

27 / 27

Der Rat stimmt dem Antrag der PUK ERZ mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Der Schlussbericht der PUK ERZ vom 9. Dezember 2020 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat spätestens 2 Jahre nach Kenntnisnahme des Berichts der PUK ERZ über die Umsetzung der Empfehlungen Bericht zu erstatten.
3. Das Büro wird beauftragt, spätestens 2 Jahre nach Kenntnisnahme des Berichts der PUK ERZ die Umsetzung der an den Gemeinderat gerichteten Empfehlungen zu analysieren und den Gemeinderat darüber zu informieren.
4. Die Untersuchung wird für beendet erklärt, die Untersuchungskommission aufgelöst und der Beschlussantrag GR Nr. 2017/286 vom 30. August 2017 als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat